

**Fortschrittsbericht
über die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin so-
wie die weitere Zusammenlegung von Behörden und Sonderbehörden**

I. Einführung

Berlin und Brandenburg blicken im Berichtszeitraum erneut auf eine dynamische und erfolgreiche Entwicklung in der Metropolregion zurück. Dabei treibt die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung auch die Mobilitätsentwicklung voran – und die Beliebtheit der Wachstumsregion erfordert gemeinsame Strategien der Siedlungsentwicklung. Gleichzeitig sind im Berichtszeitraum keine wesentlichen Veränderungen im politischen Verhältnis von Berlin und Brandenburg zu verzeichnen.

Eine Zusammenführung beider Länder ist auch weiterhin auf absehbare Zeit nicht realistisch. Gleichwohl ist die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg von einem hohen Standard nachbarschaftlicher, kontinuierlicher sowie auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen verankerter Beziehungen gekennzeichnet. Sie folgt dem gemeinsamen Willen beider Länder, in enger Kooperation die erfolgreiche Entwicklung der Hauptstadtregion zu verstetigen, wie nicht zuletzt in den gemeinsamen Sitzungen beider Landesregierungen am 23. Mai 2017 und am 6. November 2017 durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, sowie den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke, unterstrichen wurde.

Die effektive Zusammenarbeit beider Länder unterstützt einerseits die wirtschaftliche Stärkung der Region. Als sehr erfolgreich hat sich hierbei die enge Kooperation etwa im Bereich der Innovationspolitik bewiesen, die die Grundlage überdurchschnittlicher wirtschaftlicher Wachstumsraten der Metropolregion Berlin-Brandenburg bildet. Andererseits können bestehende Herausforderungen und Probleme, die beide Länder in ähnlicher Weise betreffen, gemeinsam besser bewältigt werden.

II. Wirtschaft

1. Allgemeine wirtschaftliche Lage

Das Wirtschaftswachstum in der Hauptstadtregion fiel mit Zuwachsraten von jeweils über 2 Prozent in den vergangenen beiden Jahren positiv aus und entwickelte sich

auch besser als in Deutschland insgesamt. 2016 stieg das Bruttoinlandsprodukt, ausgelöst durch ein überdurchschnittliches Wachstum in Berlin, in der Hauptstadtregion um preisbereinigt 2,3 Prozent und bundesweit um 1,9 Prozent. Dies unterstreicht die günstige wirtschaftliche Entwicklung der regionalen Wirtschaft.

Der Anstieg der Wirtschaftskraft basierte in beiden Ländern hauptsächlich auf der positiven Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen, die in Berlin zu rund 85 Prozent und in Brandenburg zu 72 Prozent zur Bruttowertschöpfung beitragen. Ein überdurchschnittlicher Zuwachs beim realen Wachstum wurde in Berlin und in Brandenburg 2016 im Dienstleistungsbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ erreicht. In Brandenburg erzielte der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen“ ebenfalls einen überdurchschnittlichen Anstieg der Wirtschaftsleistung. Positiv entwickelte sich 2016 in beiden Ländern insgesamt auch das Produzierende Gewerbe, wobei der Bau in Berlin und die Industrie in Brandenburg überdurchschnittlich expandieren konnten.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist im Jahr 2016 weiter gestiegen. In Berlin und Brandenburg hatten gut 2,18 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einen Arbeitsplatz. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin und Brandenburg lag damit um 3,1 Prozent über dem Vorjahresniveau. Insgesamt war der Beschäftigungsanstieg in der Hauptstadtregion höher als in Deutschland insgesamt (+2,0 Prozent). Dabei übertraf das Beschäftigungsniveau den Vorjahreswert in Berlin um 4,1 Prozent und in Brandenburg um 1,3 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit in der Hauptstadtregion ist im Berichtszeitraum weiter gesunken. Die Arbeitslosenquote lag 2015 bei 9,8 Prozent und verringerte sich 2016 auf 9,0 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. Dabei betrug die Arbeitslosenquote in Berlin 9,8 Prozent und in Brandenburg 8,0 Prozent. Die Arbeitslosenquote von Frauen lag 2016 in der Hauptstadtregion um 1,4 Prozentpunkte unter jener der Männer.

Der Arbeitsmarkt der Hauptstadtregion ist eng durch die länderübergreifenden Pendlerbewegungen verbunden. Rund 85.000 Berlinerinnen und Berliner waren 2016 in Brandenburg und 203.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger in Berlin sozialversicherungspflichtig tätig. Der Überschuss an Einpendlerinnen und Einpendlern nach Berlin gegenüber den nach Brandenburg pendelnden Personen beläuft sich damit auf rund 118.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

2. Zusammenarbeit im Bereich der Innovationspolitik

2.1 Mit innoBB auf Erfolgskurs

Der Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg entwickelte sich auch in innovationspolitischer Hinsicht im Vergleich zu anderen Metropolregionen dynamisch. Er erweist sich zunehmend als Schmelztiegel für Innovationen, wobei die wirtschaftliche Bedeutung

des Technologietransfers angesichts der Herausforderungen durch Globalisierung und die Anforderungen der Märkte weltweit stetig zunimmt.

Die Grundlage für die prosperierende Wirtschaft legten beide Bundesländer schon vor mehr als zehn Jahren mit der Entscheidung zu einer abgestimmten Innovationspolitik, die in der 2011 beschlossenen „Gemeinsamen Innovationsstrategie innoBB“ ihren Niederschlag findet. Beide Landesregierungen und die sie tragenden Parteien haben sich in ihren jeweiligen Koalitionsvereinbarungen dazu bekannt, dieses erfolgreiche Instrument der aufeinander abgestimmten Innovationspolitik weiterhin anzuwenden und gemeinsam weiterzuentwickeln. Eine aktualisierte Strategie unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der laufenden Umsetzung sowie auch neuerer Entwicklungen im Umfeld der Clusterarbeit wird Anfang 2019 vorliegen.

Die Hauptstadtregion nutzt ihren Spitzenplatz in der deutschen und europäischen Innovationslandschaft und die damit verbundene Chance, die hohe wissenschaftliche Dichte und Exzellenz in die Gründung, Ansiedlung und Expansion innovativer Unternehmen umzumünzen. Sie ist dank hervorragender Forschungseinrichtungen und innovativer Unternehmen mit technologiestarken Zukunftslösungen im Aufwind.

Als Teil der „Gemeinsamen Innovationsstrategie innoBB“ erweisen sich die Cluster in Berlin und Brandenburg als wichtige Impulsgeber für die positive wirtschaftliche Entwicklung und neuen Arbeitsplätze in der Hauptstadtregion. Sie stehen jeweils unter der Leitung eines gemeinsamen Clustermanagements unter Beteiligung verschiedener Institutionen, insbesondere der zentralen Wirtschaftsfördereinrichtungen „Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH“ (BPWT) und „Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH“ (WFBB; vormals „ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH“).

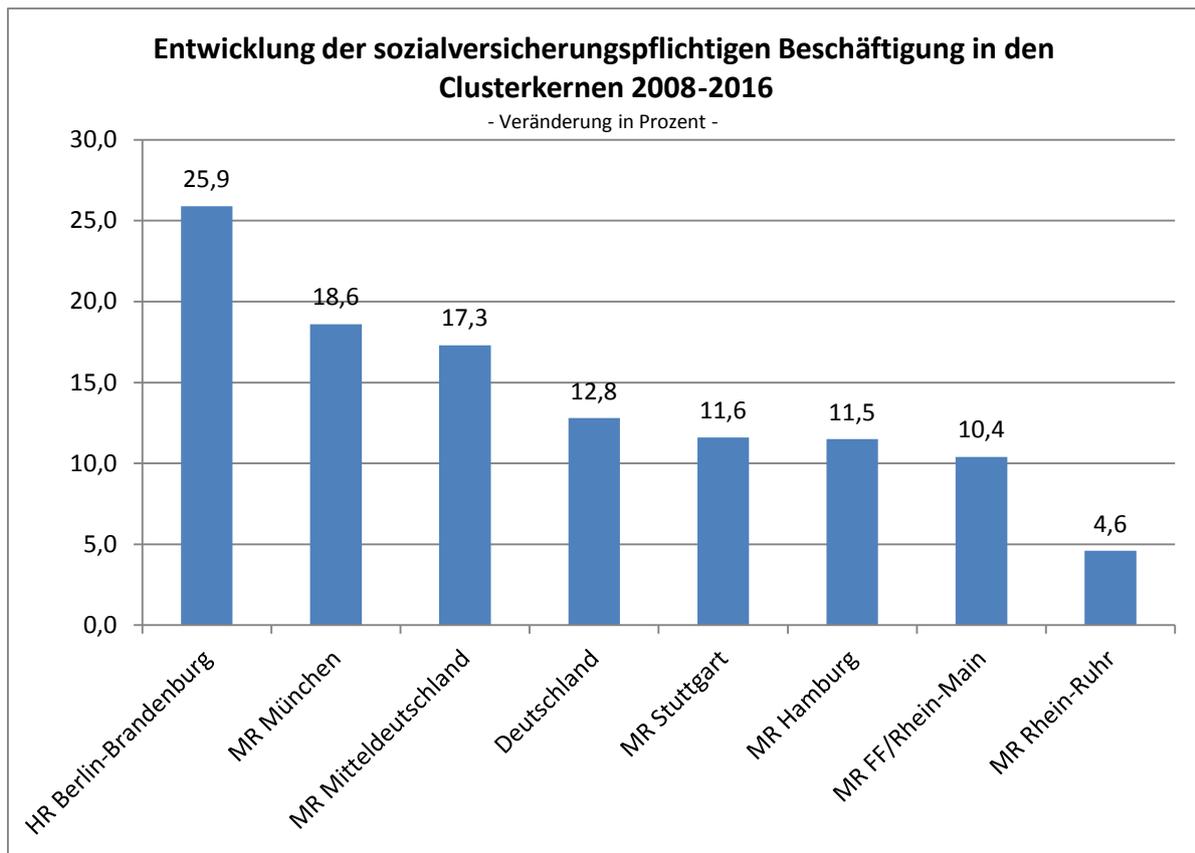
Von besonderer Bedeutung sind hierbei die technologisch-innovativen und kreativen Kernbereiche der Cluster, auf denen ein besonderes Augenmerk der Innovationsstrategie liegt. Die diesbezüglichen Ergebnisse des länderübergreifenden Clustermonitorings unterstreichen die positiven Impulse auf die Regionalwirtschaft. Die Clusterkerne erweisen sich als leistungsstark und haben sich im Mehrjahresvergleich überdurchschnittlich bei den Umsätzen entwickelt (vgl. nachfolgende Tabelle, aktuell verfügbare Daten, in Mrd. Euro).

Auch die Beschäftigung, die für die Jahre 2008 bis 2016 ausgewertet ist, bestätigt die günstige Entwicklung der Clusterkerne. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in der Hauptstadtregion in den Clusterkernen zwischen 2008 und 2016 um 25,9 Prozent und damit stärker als in der regionalen Gesamtwirtschaft mit einem Zuwachs von 18,9 Prozent.

Entwicklung der Clusterkerne in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

Clusterkerne innoBB	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Energietechnik									
Umsatz	18,3	13,6	12,9	15,2	21,4	21,0	20,1	20,6	
Sv-Beschäftigte	35.838	38.307	39.183	40.655	42.760	42.881	42.293	41.736	43.172
Gesundheitswirtschaft									
Umsatz	9,0	9,1	9,5	9,4	10,0	10,9	11,3	12,5	
Sv-Beschäftigte	42.775	43.004	44.194	45.277	46.716	47.283	47.063	48.379	49.652
IKT, Medien und Kreativwirtschaft									
Umsatz	13,1	13,9	15,1	15,5	16,3	16,3	17,7	18,6	
Sv-Beschäftigte	95.154	94.216	95.844	100.293	105.562	109.969	115.599	121.984	131.136
Optik									
Umsatz	1,1	1,1	1,3	1,3	1,1	1,1	1,1	1,2	
Sv-Beschäftigte	10.748	10.685	10.888	11.322	11.385	11.103	11.343	11.234	11.126
Verkehr/Mobilität/ Logistik									
Umsatz	6,7	6,7	8,2	7,7	8,4	7,9	8,9	9,3	
Sv-Beschäftigte	40.757	40.029	40.898	41.612	42.423	43.523	46.699	47.131	48.460
Cluster insgesamt									
Umsatz	48,2	44,3	47,1	49,1	57,2	57,2	59,1	62,2	
Sv-Beschäftigte	225.272	226.241	231.007	239.159	248.846	254.759	262.997	270.464	283.546

Zugleich fiel die Beschäftigungsentwicklung in den Clusterkernen in der Hauptstadtregion (HR) Berlin-Brandenburg besser aus als in anderen deutschen Metropolregionen (MR) und auch gegenüber dem Bundesdurchschnitt.



Die Clustermanagementstrukturen bei den Wirtschaftsfördereinrichtungen werden von den Ländern Berlin und Brandenburg aktiv unterstützt, wobei in beiden Ländern grundsätzlich identische Regelungen für die Gewährung von Zuwendungen für clusterpolitische Maßnahmen zur Anwendung gelangen.

Darüber hinaus wurde für die Begleitung der clusterpolitischen Maßnahmen im Jahr 2015 ein „Ergebnis- und Wirkungsmonitoring“ (EWM) implementiert, mit dem die Leistungsfähigkeit der Cluster, die Wirksamkeit der Tätigkeit der Clustermanagements und die Nachhaltigkeit des Clusteransatzes gemessen werden sollen. Anhand eines einheitlichen Indikatorensets können nun Wirkungen und Erfolge der Clusterarbeit identifiziert und sichtbar gemacht werden. Die Ergebnisse des EWM sind zugleich eine Entscheidungsgrundlage für die Clusterförderung und werden der interessierten Öffentlichkeit in clusterspezifischen Jahresberichten auf den Webseiten von BPWT und WFBB präsentiert. Die aktuellen Jahresberichte des EWM belegen eine kontinuierliche Entwicklung der Cluster und einen Zuwachs an Verbundprojekten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

2.2 Cluster Gesundheitswirtschaft

Die „Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg“ weist eine weiterhin positive Entwicklung als Wissenschafts-, Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort auf.

Von zentraler Bedeutung für die Region sind nach wie vor die vier Handlungsfelder „Biotechnologie & Pharma“, „Medizintechnik“, „Neue Versorgungsformen & Rehabili-

tation“ sowie „Gesundheitsförderung, Prävention & Gesundheitstourismus“. Die Querschnittsthemen „Fachkräfte“, „Ansiedlung & Bestandsentwicklung“, „Internationalisierung“, „E-Health“ und „alternde Gesellschaft“ sind von besonderer Bedeutung für die Weiterentwicklung der regionalen Gesundheitswirtschaft und in alle Handlungsfelder integriert.

In 2016 stand insbesondere E-Health in allen Handlungsfeldern im Vordergrund. Aufgrund seiner hohen Dynamik wird dieses Themenfeld unter Einbeziehung der Telemedizin, intelligenter Sensoren oder Gesundheits-Apps die Weiterentwicklung des Clusters prägen.

So ist mit der clusterübergreifenden Aktivität „BarCamp Health-IT 2016“ beispielsweise gelungen, die Akteure der Pflegebranche systematisch mit der IT-Branche zu vernetzen. Der Fokus lag dabei insbesondere auf der Nutzung des in der Informationstechnik liegenden Potenzials, um pflegebedürftige Menschen, pflegende Angehörige und professionelle Pflegekräfte zu unterstützen und zugleich Freiräume für persönliche Zuwendung, mehr Selbstbestimmung und eine verbesserte (Pflege-) Qualität zu ermöglichen.

In den technologieorientierten Handlungsfeldern werden außerdem Forschungs- und Innovationsmaßnahmen in Form von Verbundprojekten mit Nachdruck vorangetrieben. Sie tragen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit und internationale Sichtbarkeit der Gesundheitsregion nachhaltig zu unterstützen. In 2016 konnten durch die Arbeit des Clustermanagements mehr als 30 Verbundvorhaben initiiert werden. Es wurden mehr als 15 Mio. Euro externer Fördermittel akquiriert.

Darüber hinaus stellt die Konsortialpartnerschaft des Clustermanagements im Horizon 2020 Projekt INNOLABS einen internationalen Erfolg dar. Ziel von INNOLABS ist es, Start-Ups und KMU bei der Entwicklung von personalisierten Gesundheitsprodukten durch eine bessere Zusammenarbeit der Bereiche Informations- und Kommunikationstechnologie, Biotechnologie und Medizinprodukte zu ermöglichen. Das Projekt hat mit einem Budget von 5 Mio. Euro am 1. Januar 2017 begonnen.

2.3 Cluster Informations- und Kommunikationstechnologie, Medien und Kreativwirtschaft Berlin-Brandenburg (IMK)

Das Cluster „Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), Medien und Kreativwirtschaft Berlin-Brandenburg“ ist einer der wichtigsten Wachstumstreiber der Hauptstadtregion und mit zahlreichen länderübergreifenden Organisationen und Netzwerken (z.B. media:net, SIBB, Medienboard Berlin-Brandenburg, VR Verein u.v.m.) bereits weit entwickelt.

Es bietet zentrale Querschnittstechnologien wie auch Formen des zeitgemäßen Innovationsmanagements, Hubs, Labs, und Inkubatoren. Rund die Hälfte der neu initiierten Projekte sind Cross-Cluster-Projekte, bei denen Digitalisierungs-Know-how in andere Branchenkontexte transferiert wird. Das Cluster ist somit zugleich ein wichti-

ger Wegbereiter für neue Anwendungen und Prozesse in der gesamten Hauptstadtregion.

Die politische Rahmensetzung erfolgt durch die ministerielle Ebene beider Länder, die Umsetzung durch BPWT und WFBB. Die Arbeit des Clustermanagements orientiert sich am Masterplan „IKT, Medien und Kreativwirtschaft Berlin-Brandenburg, 2020“, der 2014 unter aktiver Mitwirkung von Unternehmen und Netzwerken erarbeitet wurde. Im Zuge der Erstellung wurden sieben Innovationsfelder (OpenIT, Data Management, Internet der Dinge, Mobile Solutions, Mediendigitalisierung, Games/interaktive Medien sowie Visuelle Effekte (VFX)/ Animation) definiert, um das Cluster international voranzutreiben. Darüber hinaus widmet sich das Cluster übergreifenden Innovationsthemen (u.a. Smart City, Industrie 4.0, E-Health), was die Aktivitäten mit denen anderer Cluster verschränkt.

Im Fokus der Aktivitäten standen bei BPWT die Innovationsfelder „Data Management“, „Mobile Solutions“, „Internet der Dinge“ (IoT), „Mediendigitalisierung/ digitale Medien“ (Virtual Reality/ Augmented Reality), „Design & Usability“ sowie die Unterstützung der IT-Standort-Kampagne login.berlin.

Für das Treiben der digitalen Transformation in Berlin ist es grundsätzlich wichtig, in physischen Orten die Kooperation bzw. den regelmäßigen Austausch der Ökosystempartner zu fördern. Daher werden die Themen IoT und FinTech von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe in enger Abstimmung und unter Federführung von BPWT auch über die „Digital Hub Initiative“ des Bundes fokussiert. In diesen Standorten werden sich die Startups aus den Bereichen FinTech und IoT mit den Großunternehmen und Forschungseinrichtungen austauschen und an Leuchtturmprojekten der digitalen Transformation in Berlin arbeiten.

Im Rahmen der Initiative „Internet of Things“ (IoT) und „5G“ wurde 2016 das „Future Seamless Communication“ Forum (FUSECO) des Fraunhofer-Instituts FOKUS durch das Clustermanagement unterstützt. In einem Beauty-Contest, bei dem sich junge Unternehmen mit einem Motivationsschreiben bewerben konnten, wurden fünf Startups ausgewählt, die sich auf dem Gemeinschaftsstand einem internationalen Publikum präsentieren sowie an der Konferenz teilnehmen konnten. Dies ermöglichte den Unternehmen, sich in den Trendthemen mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft auszutauschen und Allianzen mit Unternehmen aus etablierten Wirtschaftsbereichen einzugehen.

Die Aktivitäten im Handlungsfeld „Mobile Anwendungen/ Geoinformation“ sind in Arbeitsgruppen weiterentwickelt worden. Regelmäßig finden Workshops und Hackathons im Bereich „Geo-Data“ (GeoMonday Workshops) sowie „Indoor-Kommunikation“ statt. Zusätzliche Veranstaltungsformate zu den Themen „Non-Visual Guidance“, „Sensorik“ und „Drohnen“ sind aufgelegt worden. Das „Where-Camp“ findet jährlich als mehrtägige Konferenz zu intelligenten Navigationsdiensten mit rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt und adressiert sowohl lokale Unternehmen als auch internationale Akteure.

Neu aufgesetzt wurde das übergreifende Thema „Usability & Design“. Pro Jahr finden zwei Workshops mit Unternehmen statt, ein Informationsfolder wurde erstellt und cluster-übergreifende Messen und Konferenzen (z.B. conHIT) besucht.

Im Dezember 2015 fand die von dem Clustermanagement organisierte eintägige Innovationskonferenz „Data Management – Technology.Change.Business“ mit 190 Besucherinnen und Besuchern am Hasso-Plattner-Institut statt.

Zum Thema Virtual Reality/ Augmented Reality wurde im Rahmen der Innovationskonferenz eine länderübergreifende Arbeitsgruppe initiiert. Im April 2016 gründete sich der Virtual Reality e.V. Berlin-Brandenburg als erster VR-Verein Deutschlands. Die Hauptstadtregion konnte sich seither durch das aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderte Netzwerk „Virtual Reality Berlin-Brandenburg“, das Innovationsforum „Virtual Reality Babelsberg“ und die VR NOW Conference sowie den MediaTech Hub Potsdam weiter als VR/ AR – Standort profilieren. Auch der MediaTech Hub Potsdam ist einer der zwölf Digital Hubs in Deutschland, die vom Bundeswirtschaftsministerium im Rahmen seiner „Digital Hub Initiative“ ernannt wurden. Der Fokus Potsdams gründet sich auf der Verbindung von Medien und IT-Technologien sowie Industrie und hebt damit die am Standort vorhandene Expertise der Medien- und IT-Wirtschaft hervor.

Rund 200 Unternehmen des Clusters IMK sind jedes Jahr auf rund 10 weitgehend von den Ländern finanzierten Gemeinschaftspräsentationen im In- und Ausland vertreten, darunter beim Mobile World Congress (Barcelona), bei der Gamescom (Köln), dmexco (Köln) und Slush (Helsinki). Auf Initiative des Clustermanagements kamen zahlreiche Reisen und Kontakte von Branchenvertreterinnen und -vertretern in den Ostseeraum und Skandinavien zustande. Besonders erfolgreich war die Vernetzung von Startups der Hauptstadtregion und Investoren auf der relativ jungen Digitalmesse Slush (Matchmaking, Investoren-Dinner, Messegemeinschaftsstand) in Helsinki.

Parallel ist es BPWT gelungen, 25 neue Vorhaben zu initiieren bzw. unterstützend zu begleiten. Davon sind die meisten aus Bundesmitteln geförderte F&E-Verbundprojekte in den Bereichen Data Management sowie VFX & Animation.

Im Rahmen des Programms für Internationalisierung führt das Branchennetzwerk media:net berlinbrandenburg e. V. seit 2016 das Projekt „BerlinBalticNordic.net“ durch. Das Projekt versteht sich als Plattform für eine Vernetzung von Unternehmen aus dem Bereich Interaktive Medien mit einem Fokus auf Games, Startups und Digital Media. Die Initiative zielt darauf ab, die Berliner Szene mit Zielregionen aus dem Ostseeraum (mit Polen als Schwerpunkt) und den nordischen Ländern zu vernetzen, um Unternehmenskooperationen zu erleichtern. Dabei sollen Publisher, Entwickler und Investoren gleichermaßen die Möglichkeit zur Vernetzung bekommen wie Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Zu den ersten Projektergebnissen zählt u.a. die Vernetzung von über 100 Unternehmen der Branche Interaktive Medien/ Games aus Berlin und Polen.

Auch im Bereich der IT-Wirtschaft besteht seit 2014 eine engere Zusammenarbeit der Hauptstadtregion mit Polen: Im Rahmen des Projektes LOOKOUT wurde ein Netzwerk zur Zusammenarbeit der IT-Wirtschaft in Berlin und Brandenburg mit Breslau aufgebaut. Ziel des Projektes von SIBB e.V. ist die Schaffung von belastbaren Geschäftsbeziehungen, die den Berliner IKT-Unternehmen nicht nur die Erschließung des polnischen Marktes erleichtern, sondern ihnen auch Kooperationsmöglichkeiten entlang der gesamten Wertschöpfungskette eröffnen sollen. Darunter fällt auch die Identifizierung von potenziellen Konsortialpartnern (Unternehmen und Forschungseinrichtungen) für F&E-Projekte beispielsweise im Rahmen von Horizon 2020. Im Rahmen von B2B-Matchmakings konnten über 30 Berliner IKT-Unternehmen Kontakte zu über 30 Unternehmen aus Breslau knüpfen, aus denen mehrere Unternehmenskooperationen hervorgegangen sind. Das Projekt wird bis 2018 fortgeführt und um die polnischen Regionen Krakau, Warschau und Stettin ergänzt.

2.4 Cluster Energietechnik

Ziel des „Clusters Energietechnik“ ist es, die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg als Modellregion der Energiewende zu etablieren und die Unternehmen sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen der Region gemeinsam an den großen ökonomischen Chancen der Energiewende partizipieren zu lassen.

Mitte 2015 wurde eine Überarbeitung des aus 2012 stammenden Masterplans eingeleitet, die zu einer Fortentwicklung der strategischen Grundlagen des Clusters führte. Im Ergebnis fanden die Energiewende, die Digitalisierung in der Energietechnik und –wirtschaft sowie die Entwicklung der Industrie 4.0 als wichtige Treiber des Clusters ihren Niederschlag.

Während im bisherigen Masterplan der Fokus auf den vier Handlungsfeldern „Erneuerbare Energien“, „Turbomaschinen und Kraftwerkstechnik“, „Energienetze und –speicher“ sowie „Energieeffizienztechnologien“ lag, treten zukünftig die systemischen Fragen der Energiewirtschaft und in der Energietechnik und die damit verknüpfte Neujustierung von Wertschöpfungs- und Innovationsfeldern verstärkt in den Vordergrund. Daher wurden im Zuge der Fortschreibung des Masterplans Energietechnik gemeinsam mit den Clusterakteuren handlungsfeldspezifische Technologiefelder und handlungsfeldübergreifende Innovationsfelder identifiziert und hinsichtlich ihrer Relevanz für das Cluster priorisiert.

Vom Beginn des Clusters Energietechnik an konnten bislang 70 Projekte initiiert und begleitet werden. Insgesamt hatten diese ein Projektvolumen von mehr als 114 Mio. Euro und ein Fördervolumen von nahezu 66 Mio. Euro, wovon 38 Mio. Euro aus Bundesmitteln, 7,4 Mio. Euro aus Landesmitteln und 2,2 Mio. Euro aus EU-Mitteln finanziert wurden.

Als bisher größter Erfolg des Clusters Energietechnik ist zu werten, dass es dem Clustermanagement gelungen ist, das Konsortialprojekt WindNODE („Wind in Nord-

ostdeutschland“) zu initiieren und zu einer erfolgreichen Antragstellung zu führen. Im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Schaufenster Intelligente Energie – digitale Agenda für die Energiewende“ (SINTEG) wird das aus Akteuren aller neuen Länder und Berlins bestehende Konsortium mit 40 Partnern und über 50 Einzelprojekten auf allen Netzebenen und einem Fördervolumen von 36,5 Mio. Euro die Systemintegration der Erneuerbaren Energien vorantreiben und die technologische und wirtschaftliche Machbarkeit einer allein auf Erneuerbarer Energie aufsetzenden Energieversorgung exemplarisch belegen. Die Projekte von WindNODE lassen sich thematisch neun Arbeitspaketen zuordnen, in denen innovative Anwendungen auf allen Ebenen des vernetzten Energiesystems – Erzeuger, Netze, Speicher, Nutzerinnen/ Nutzer bzw. Prosumertinnen/ Prosumerten – vorgestellt und miteinander zu einem Gesamtmodell vernetzt werden. Zugleich werden Fragen des Marktdesigns und der Systemarchitektur („Wer steuert was?“) behandelt.

2.5 Cluster Verkehr, Mobilität, Logistik

Die Entwicklung und Gestaltung zukünftiger Mobilität zählt zu den prioritären Zukunftsaufgaben der neuen Hightech-Strategie der Bundesregierung. Wichtige Trends wie Digitalisierung, Automatisierung, Intermodalität sowie Dekarbonisierung sind bestimmende Faktoren für die Entwicklung, Erprobung und Vermarktung innovativer Produkte und Dienstleistungen für die Verkehrssysteme der Zukunft. Das Clustermanagement bei BPWT und WFBB unterstützt Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Vernetzung und bei der Entwicklung großer Verbundprojekte auf EU-, Bundes- und regionaler Ebene.

Zum Cluster „Verkehr, Mobilität und Logistik“ zählen Unternehmen aus den industriell geprägten Handlungsfeldern „Automotive“, „Luft- und Raumfahrttechnik“ und „Schienenverkehrstechnik“ sowie der „Logistik“ und der „Verkehrstelematik“ als querschnittlich orientierte Bereiche. Verkehr, Mobilität und Logistik in der Hauptstadtregion stehen zunehmend für das Zusammenwirken etablierter Unternehmen mit jungen, technologiegetriebenen Startups.

Für die länderübergreifende Zusammenarbeit im Cluster sind beispielhaft folgende Themenbereiche herauszuheben:

Elektromobilität – Aufbau von Wertschöpfung in Berlin-Brandenburg

Das Internationale Schaufenster Elektromobilität Berlin-Brandenburg – koordiniert von der Berliner Agentur für Elektromobilität eMO – demonstrierte im Zeitraum 2012 bis 2016 das Zusammenwirken von Energie- und Verkehrssystemen, Fahrzeugtechnik und moderner IKT für die Mobilität der Zukunft. Mehrere der insgesamt 29 Kernprojekte des Schaufensters waren ganz bewusst länderübergreifend angelegt, um das Zusammenspiel zwischen regenerativ erzeugter Energie und urbanem Verkehrsgeschehen als Verbraucher und Zwischenspeicher von Wind- und Solarstrom zu entwickeln und zu erproben.

Aus dem Schaufensterprogramm resultieren wertvolle Erkenntnisse zur Gestaltung des Markthochlaufs der Elektromobilität. Aktuelle Folgeprojekte und Initiativen greifen den länderübergreifenden Charakter auf, z.B. der „Roundtable zur Elektrifizierung von Nutzfahrzeugen in Berlin und Brandenburg“.

Ziel des Roundtable ist es, regionale Umrüster, Anwender und weitere Interessenten aus Wirtschaft und Wissenschaft für elektrifizierte Nutzfahrzeuge an einen Tisch zu bringen, um sich über aktuelle Themen und Projekte auszutauschen sowie Partner aus der Region für nachhaltige Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette zu identifizieren. Die Diskussion wichtiger Fragestellungen moderner elektrischer Nutzfahrzeuge und die daraus abgeleitete Definition neuer Verbundprojekte besitzen für die Teilnehmer hohen Stellenwert.

Letztlich nähert sich der Roundtable dem Thema „E-Nutzfahrzeuge“ von zwei Seiten: Betreiber artikulieren ihre Anforderungen und Hersteller, Zulieferer, Umrüster, unterstützt durch Wissenschaftler, leiten daraus wichtige Parameter neuer Fahrzeugsysteme ab, die mit regionaler Wertschöpfung verbunden sein sollen.

Flotten & Mobilitätsdienstleitungen an den Flughafenstandorten

Über die Vernetzung der Akteure unterstützt die Berliner Agentur für Elektromobilität eMO die Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH (FBB) bei der Beschaffung von elektrischen Poolfahrzeugen (30 BMW i3) und der Installation von Ladeinfrastruktur. Die Fahrzeuge werden dabei sowohl im öffentlichen Straßenraum zwischen den Standorten der FBB als auch im Airport-Sicherheitsbereich eingesetzt.

Aufbauend auf den Aktivitäten zum Aufbau elektrifizierter Flotten sind weitere Projekte im Themenfeld der Elektromobilität im Wirkungskreis der FBB denkbar (z. B. Intelligentes Laden, Aufbau von Ladeinfrastruktur in Parkhäusern an den Flughäfen, E-Taxis mit induktiver Ladeinfrastruktur).

Intelligente Mobilität

Die Integration der Elektromobilität in Konzepte der intelligenten Mobilität der Zukunft, die auf Digitalisierung, Vernetzung und Automatisierung setzt, verleiht dem Thema in der Region Berlin-Brandenburg noch einmal zusätzlichen Schub – insbesondere vor dem Hintergrund moderner Smart City Lösungen.

In beiden Ländern konzentrieren sich Bestrebungen zur Etablierung digitaler Testfelder für intelligente Mobilität. Diese schaffen geeignete Räume, in denen unter Realbedingungen neue Technologien für vernetzte und automatisierte Verkehre erprobt und optimiert werden können – bis hin zu vollständig autonom agierenden Fahrzeugen, für die es unter den derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen noch geschützter Räume bedarf.

Die Berlin-Brandenburger Landkarte bestehender und geplanter Testfelder umfasst z. B. auf Berliner Seite das EUREF-Gelände, die Charité-Standorte Rudolf Virchow

und Mitte, das offizielle „Digitale Testfeld Stadtverkehr“ des BMVI in Reinickendorf (bei dem das Land Berlin die Federführung innehat), weitere Teile von Reinickendorf mit Verbindung zur zukünftigen „Urban Tech Republic TXL“ sowie den Gesundheits-Campus Buch und den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof. Auf Brandenburger Seite sind automatisierte Shuttleverkehre für Beschäftigte im Güterverkehrszentrum Großbeeren geplant; auf dem Gelände Tropical Islands sollen touristische Shuttleverkehre im Mittelpunkt stehen.

Bahntechnikcampus Havelland

Im Juni 2017 erfolgte der erste Spatenstich zum Aufbau des Bahntechnikcampus (BTC) Havelland – gemeinschaftlich getragen von der Havelländischen Eisenbahn (mit Standorten in Berlin-Spandau und Wustermark) und dem Landkreis Havelland. Mit Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) soll der BTC Havelland in den nächsten Jahren zu einem Kompetenzzentrum der Schienenverkehrstechnik der Region Berlin-Brandenburg ausgebaut werden. Wichtigen Bestandteil des BTC sollen Einrichtungen für Lehre und Forschung darstellen, die von Universitäten und Hochschulen beider Länder genutzt werden können. Die vorgeschaltete Machbarkeitsuntersuchung hierzu soll im zweiten Halbjahr 2017 auf den Weg gebracht werden.

Test- und Demonstrationszentrum für RPAS - Remotely Piloted Aircraft Systems („Drohnen“)

Ziel dieser länderübergreifenden Initiative ist die Initiierung, Etablierung und das spätere Betreiben eines Drohmentest- und Demonstrationszentrums in der Hauptstadtregion. Dabei sollen zwei Areale, nämlich jeweils eins im ländlichen Raum (Brandenburg) und eins im urbanen Raum (Berlin), identifiziert werden, in denen die unbemannten Flugsysteme unter unterschiedlichen Bedingungen rechtssicher getestet werden können. Die Kombination ganz unterschiedlicher Umfelder wird als Alleinstellungsmerkmal der Region Berlin-Brandenburg betrachtet. Mittel- bis langfristig sollen an diesen Orten Projekte (Drittmittel- und Investitionsprojekte von Unternehmen) durchgeführt werden, die von den Wirtschaftsförderungen der Länder zielgerichtet begleitet werden sollen. Das Test- und Demonstrationszentrum befindet sich noch in der Konzept- und Sondierungsphase.

Ergänzend dazu unterstützt seit Anfang des Jahres 2017 ein von Brandenburg gefördertes Kooperationsnetzwerk von Brandenburger und Berliner Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen den Aufbau technologischer Kompetenzen und die Entwicklung von Produkten für die zivile Nutzung von unbemanntem Fluggerät.

New Space

Die Initiative New Space wird von BPWT für das länderübergreifende Clustermanagement koordiniert und soll den Raumfahrt-Akteuren der Hauptstadtregion eine Plattform bieten. Sie befindet sich derzeit in der Aufbauphase. Ziele sind unter ande-

rem die Vermarktung der regionalen Raumfahrtkompetenz, die Bildung eines regionalen Raumfahrtnetzwerks (ggf. mit Bundesförderung aus dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand) und die Unterstützung der Errichtung eines ESA Business Innovation Centers (BIC) oder eines vergleichbaren regionalen Innovations-Hubs in Berlin. Derzeit erarbeiten BPWT und WFBB das Mission Statement, einen Arbeitsplan sowie Informationsmaterial.

KNRBB-Vernetzungsprojekt zur Internationalisierung im Bereich der Schienenverkehrstechnik

Das Projekt der Kompetenznetz Rail Berlin-Brandenburg GmbH, welches in den Jahren 2016-2019 aus dem Programm für Internationalisierung finanziert wird, zielt auf die Erschließung von neuen Kontakten und Aufträgen für Berliner und Brandenburger KMU u.a. in Polen ab. Zu den Aufgaben der KNRBB zählen u. a. Aktivitäten zum Ausschreibungspool „Schienenverkehrstechnik“, Öffentlichkeitsarbeit in ausländischen Fachmedien zur besseren Sichtbarkeit des KNRBB-Netzwerkes und der regionalen Unternehmen, Veranstaltungen im Ausland zur Identifizierung von Entwicklungspotentialen und zur Schaffung von Vernetzungsmöglichkeiten für die Unternehmen sowie die Sicherstellung der KNRBB-Kontaktstelle als Scharnierfunktion zwischen den regionalen Unternehmen und Akteuren in ausländischen Zielregionen.

Der Fokus bei der internationalen Netzwerkarbeit liegt auf den ausländischen Zielregionen Polen, Italien und Österreich (jeweils Priorität 1) sowie Tschechien, Ungarn und Belgien (jeweils Priorität 2).

ILA Berlin Air Show

Die ILA Berlin Air Show 2016 auf dem Berlin ExpoCenter Airport am westlichen Abschnitt des BER-Geländes kann wiederum als Erfolg gewertet werden, obwohl sie um zwei auf vier Messtage verkürzt wurde. Mit der stabilen Aussteller- und Besucherzahl unterstrich die ILA ihre Position als eine der wichtigsten Luftfahrtmessen in einem starken internationalen Konkurrenzfeld. Daneben zeigte sich das wissenschaftliche Interesse mit 50 Konferenzen, die von ca. 2.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden. Welchen Stellenwert diese Messe in Deutschland hat, zeigte auch das große Interesse der Politik. 11 Ministerinnen und Minister der Bundes- bzw. der Landesebene, sowie 95 Abgeordnete haben sich über die Fortschritte im Bereich Luft- und Raumfahrt auf der ILA 2016 informiert. Für das Flugprogramm der ILA konnte die neue Südbahn des BER exklusiv genutzt werden. Für die regionale Luft- und Raumfahrtbranche spielt die ILA eine zentrale Rolle als Plattform für die Kompetenzdarstellung mit internationaler Ausstrahlung.

2.6 Cluster Optik und Photonik

Die im Cluster „Optik und Photonik“ der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zusammengeführten Bereiche der Optischen Technologien und Mikrosystemtechnik gehören zu den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Ihre Anwendung be-

sitzt eine Hebelwirkung auf Innovationen und Wertschöpfung in anderen Industrie- und Dienstleistungsbereichen und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung der Hauptstadtregion.

Die in 2017 stattfindende Evaluierung des Entwicklungsfortschritts im Cluster dient der Fortschreibung des den Masterplan ergänzenden Umsetzungsplans für die Jahre 2018-2020.

Als Nachfolgeformat der „laser optics“ hat im Oktober 2016 erstmals die Kongressmesse „micro photonics“ stattgefunden. Die Veranstaltung war in qualitativer Hinsicht ein Erfolg, wird jedoch aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht fortgeführt, da die Veranstaltungen der Fachmesse mit Kongressprogramm ohne großen Publikumsverkehr nicht kostendeckend betrieben werden können.

Die Mitglieder des Kompetenznetzes OpTec-Berlin-Brandenburg (OpTecBB) e.V. haben sich für die Fortsetzung eines überregional und international ausgerichteten jährlichen Veranstaltungsformats im Bereich Optik/ Photonik ausgesprochen und wollen dies ab dem Jahr 2017 unter dem Titel „photonic days“ aktiv vorantreiben, um die Potenziale des Clusters besser sichtbar zu machen und den Boden für die Vernetzung mit überregionalen und internationalen Partnern zu bereiten.

Beispielhaft für die länderübergreifende Zusammenarbeit im Cluster sind folgende Projekte:

PHOENIX – Zusammenarbeit mit polnischen Optik-Partnern

Mit dem Projekt PHOENIX („Photonics and Optoelectronics Network“) unterstützt das Land Berlin seit 2012 die Partnerschaft zwischen Berlin und Warschau im Bereich der optischen Technologien. Der Aufbau eines wirtschaftsbezogenen und grenzüberschreitenden Forschungs- und Entwicklungsnetzwerkes wurde erfolgreich vorangetrieben, so dass sich auf polnischer Seite inzwischen auch die Regionen Niederschlesien, Großpolen und Lublin an der Clusterallianz beteiligen. Darüber hinaus bestehen enge Kontakte zu Stakeholdern der Stadt Rzeszów.

Im Rahmen des Folgeprojektes PHOENIX + fördert das Land Berlin bis 2019 weiterhin das Netzwerk mit dem Ziel der Ausdehnung der Aktivitäten auf weitere Regionen in Polen, aber auch auf Regionen in den Ländern Brasilien, Japan und USA. Projektpartner sind weiterhin BPWT (Clustermanagement Optik), OpTecBB, das Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut (HHI) und neu das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK).

Im September 2016 schloss sich Brandenburg der bis dahin bilateralen Kooperationsvereinbarung zwischen Berlin und dem Nationalen Zentrum für Forschung und Entwicklung (NCBR) Polens an. Es wurde vereinbart, beginnend mit dem Jahr 2017 eine im Zwei-Jahres-Turnus stattfindende Ausschreibung für Verbundprojekte im Bereich der optischen Technologien zu etablieren.

Auf dieser Grundlage startete im Februar 2017 die erste trilaterale Ausschreibung. Unter dem Motto „Optical Metrology for Production Processes, Environmental Monitoring and Bioanalysis“ sollen innovative optische Komponenten und Systeme für intelligente Lösungen in der Mess- und Kommunikationstechnik im Kontext der Digitalisierung, Industrie 4.0, Green Economy, Clean Tech und Health-IT entwickelt werden. Im Ergebnis wurden acht Verbundvorhaben mit insgesamt 33 Projektpartnern aus Berlin, Brandenburg und Polen beantragt. Mit dem Beginn der ersten Vorhaben wird im Herbst 2017 gerechnet.

Forschungsfabrik Mikroelektronik

Um die Position der europäischen Halbleiter- und Elektronikindustrie im globalen Wettbewerb zu stärken, organisieren sich elf Institute des Fraunhofer-Verbunds Mikroelektronik, darunter aus Berlin das Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut und das Fraunhofer-Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration sowie das Ferdinand-Braun-Institut, Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik und das Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik aus Frankfurt/ Oder standortübergreifend als „Forschungsfabrik Mikroelektronik Deutschland“.

Das für die Forschungsfabrik entwickelte Konzept sieht vor, die technologischen Fähigkeiten in einem gemeinsamen Technologiepool zusammenzuführen, Ausstattungslücken abgestimmt zu schließen und die wichtigen Laborlinien für Mikroelektronik-Technologien an die technische Entwicklung anzupassen. Für die Modernisierung und Ergänzung ihrer Anlagen und Geräte erhalten die insgesamt 13 beteiligten Forschungseinrichtungen rund 350 Mio. Euro vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Mit 117 Mio. Euro fließt der größte Anteil im Ländervergleich in die genannten Institute in Berlin und Brandenburg. Die regionale Auftaktveranstaltung fand am 6. Juli 2017 statt.

3. Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung

3.1 Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderergesellschaften

Auf der Grundlage der seit 2005 fortgeschriebenen und zuletzt im März 2015 erneuerten Kooperationsvereinbarung wurde die Zusammenarbeit zwischen der „Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH“ (BPWT) und der „Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH“ (WFBB) kontinuierlich fortgesetzt und intensiviert. Übergeordnetes Ziel war und ist es, die gemeinsame Außendarstellung der Hauptstadtregion gegenüber Unternehmen und Investoren im In- und Ausland erfolgreich zu gestalten und weiterzuentwickeln.

Grundlage für die Vermarktung der Hauptstadtregion ist die gemeinsame Dachmarke „The German Capital Region“, die für das Standortmarketing, z.B. in Branchenbroschüren zur Investorenwerbung, auf Messeständen sowie im Internet eingesetzt und laufend aktualisiert wird. Das bestehende gemeinsame Internetportal (www.berlin-brandenburg.de) bildet die übergreifende Basis für das digitale Marketing. Durch die

Zusammenarbeit von BPWT und WFBB konnten von Anfang 2016 bis Juni 2017 gemeinsam 30 Unternehmen mit 1.410 Arbeitsplätzen und einer Investitionssumme von rund 145 Mio. Euro in der Hauptstadtregion unterstützt werden. Darüber hinaus warben die Wirtschafts- und Technologiefördergesellschaften der beiden Bundesländer in den Jahren 2016 und 2017 in 15 gemeinsamen Innovationsprojekten Drittmittel in Höhe von knapp 57,7 Mio. Euro für die Hauptstadtregion ein.

3.2 Gemeinsame Außenwirtschaftsaktivitäten

Beide Länder arbeiteten im Bereich Außenwirtschaft auch in den vergangenen beiden Jahren kontinuierlich zusammen. Im Länderarbeitskreis Außenwirtschaft Berlin-Brandenburg, in dem die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, BPWT, WFBB und die beiden Wirtschaftsressorts mitwirken, werden die Außenwirtschaftsaktivitäten der Akteure abgestimmt.

Jährlich wird die gemeinsame Broschüre „Messebeteiligungen Berlin-Brandenburg“ erstellt. Schwerpunkt sind dabei die gemeinsamen Messeauftritte auf Firmengemeinschaftsständen unter der Dachmarke „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“. 2017 sind Beteiligungen mit Messegemeinschaftsständen auf 43 Messen im gemeinsamen Landesmesseplan im In- und Ausland vorgesehen, u. a. auf der Arab Health in Dubai, dem Mobile World Congress in Barcelona sowie der dmexco in Köln. Diese Gemeinschaftsstände werden von Intermediären, wie Branchenverbänden, BPWT, den Brandenburger IHK oder der WFBB organisiert. Das gemeinsame Messeprogramm 2018 wird im 4. Quartal 2017 online verfügbar sein.

Im Januar 2017 widmete sich die 14. Außenwirtschaftskonferenz Berlin-Brandenburg in Potsdam den aktuellen Entwicklungen und Geschäftsmöglichkeiten auf den Märkten der Europäischen Union, der Russischen Föderation sowie des Iran. Aktuelle Entwicklungen und Trends, wie die Sanktionslockerungen im Iran und die Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie der Russischen Föderation bildeten den regionalen Fokus der Außenwirtschaftskonferenz.

Den Schwerpunkt der 15. Außenwirtschaftskonferenz 2018 in Berlin werden die wichtigsten internationalen Zielländer des neuen Berliner Internationalisierungskonzepts bilden, also China, Polen, USA und das Vereinigte Königreich.

Im April 2017 wurde auf der „Hannover Messe“ im Rahmen des gemeinsamen Rundgangs von Albrecht Gerber, Minister für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, und Henner Bunde, Staatssekretär der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, der polnische Gemeinschaftsstand besucht. Anschließend führten beide Politiker ein Gespräch mit dem polnischen Wirtschaftsvizeminister Tadeusz Kościński. Am Abend richteten beide Wirtschaftsressorts den Empfang „Hauptstadtregion trifft Polen“ aus, an dem rund 250 Unternehmerinnen und Unternehmer, Ausstellerinnen und Aussteller aus Berlin, Brandenburg und Polen teilnahmen.

Sowohl die Berliner als auch die brandenburgische Außenwirtschaftsstrategie sehen vor, die Außenwirtschaftsförderung mit der Innovationsstrategie enger zu verbinden. In der Gemeinsamen Innovationsstrategie ist als zentrale Aufgabe festgehalten, die internationale Vernetzung zu fördern und sich an internationalen Wachstumsmärkten auszurichten.

3.3 Zusammenarbeit im Bereich der Existenzgründungen

Durch gemeinsame Projekte und einen regelmäßigen Austausch verläuft die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich der Gründungsförderung schon seit vielen Jahren besonders eng. Die im Land Brandenburg im Jahr 2016/ 17 erarbeitete Existenzgründungsstrategie greift deshalb auch aktiv diese Zusammenarbeit, u.a. durch die Projekte „Businessplan-Wettbewerb“ (BPW) und „Deutsche Gründer- und Unternehmertage“ (deGUT), auf.

Der Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg ist der größte und älteste regionale Gründerwettbewerb in Deutschland. Seit 1996 wurden über den BPW 1.864 Firmen mit 12.382 Arbeitsplätzen in der Region geschaffen, die bis heute bestehen.

Auch mit der Gründermesse deGUT waren die Länder Berlin und Brandenburg Pioniere. Bei der 32. deGUT am 07./ 08. Oktober 2016 informierten sich rund 6.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Möglichkeiten und Angebote der Gründungsförderung in der Hauptstadtregion und ließen sich von erfolgreichen Unternehmerinnen und Unternehmern inspirieren.

3.4 Tourismus

Der Tourismus in der Metropolregion Berlin-Brandenburg wird kontinuierlich im Rahmen der Zusammenarbeit der beiden Landesregierungen weiterentwickelt. Das aktuelle Tourismuskonzept Brandenburgs und das Tourismuskonzept Berlins, welches im 1. Quartal 2018 veröffentlicht wird, wurden bzw. werden unter gegenseitiger Einbeziehung und in enger Abstimmung erstellt und werden als Gesamtstrategie für die gemeinsame Tourismusregion betrachtet.

Auch die langjährige und bewährte Zusammenarbeit zwischen der „Berlin Tourismus & Kongress GmbH“ (visitBerlin) und der „TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH“ wurde im aktuellen Berichtszeitraum fortgeführt und ausgebaut. Die Tourismusmarketing-Gesellschaften beider Länder sind zu fünf Prozent als Gesellschafter bei der jeweils anderen Einrichtung vertreten.

Es finden gemeinsame Messeauftritte statt. Von besonderer Bedeutung ist die Internationale Tourismusbörse (ITB), auf welcher sich Berlin und Brandenburg seit 2011 gemeinsam präsentieren und auf der im Jahr 2017 eine Internationale Kooperationsbörse von Brandenburg mit Unterstützung von Berlin stattfand.

Viele gemeinsame Produktpräsentationen prägen die Zusammenarbeit. So binden Berlin und Brandenburg sich gegenseitig auf den Tourismusplattformen ein, beispielsweise durch Verlinkungen von Veranstaltungskalender und Prospektbestellungen, Platzierung in den Newslettern und auf den Social Media Kanälen.

Im Rahmen des Lutherjahres werden Veranstaltungen, wie z.B. Kirchentage, die Ausstellung im Martin-Gropius-Bau oder Veranstaltungen innerhalb Brandenburgs auf der entsprechenden Themenseite Berlins beworben.

Zudem erfolgen gemeinsame Abstimmungen der strategischen Vermarktung des Gesundheitstourismus in Berlin und Brandenburg (Brücke Klinik – Reha), insbesondere im Rahmen des Projektes „Health Excellence – Medizinhauptstadt Berlin“, sowie der Austausch zur Aktionsplanung.

Eine enge Kooperation besteht auch im Bereich der grenzüberschreitenden Projekte, z.B. der Tourismuskoooperation im Rahmen der Oder-Partnerschaft. Alle acht Regionen der Oder-Partnerschaft haben unter der Projektleitung von visitBerlin seit 2011 ein grenzübergreifendes Tourismusnetzwerk aufgebaut. Durch die intensive Zusammenarbeit der Marketingorganisationen wurden gemeinsame touristische Produkte und buchbare Themenreisen beiderseits der Oder entwickelt. Mit grenzüberschreitenden Ausflugs- und Reiseangeboten wird die Oderregion auch außerhalb Europas beworben – und verzeichnet steigende Besucherzahlen. Die Finanzierung der Aktivitäten erfolgt derzeit durch nationale Stellen – die Polnische Tourismusorganisation (POT) und die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT).

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe fördert 2017 aus den Zuschüssen für besondere touristische Projekte das Projekt „Kulturtourismus zwischen Polen und Berlin | Kulturprogramm im Zug 2.0“. Schwerpunkt des Projektes ist das umfangreiche Kulturangebot, mit dem die junge und kreative Kulturszene Berlins Gäste aus Niederschlesien in die deutsche Hauptstadt lockt. Durch eine Kooperation der Verkehrs- und Kulturträger, Tourismusexperten und Clubs ist ein einzigartiges Programm entstanden, das zur Etablierung des Kulturtourismus aus Polen nach Berlin beiträgt.

4. Medien

Die Länder Berlin und Brandenburg verzeichnen auch in den Jahren 2015 und 2016 eine stabile und in Teilbereichen wachsende Medienbranche als Teil der Kreativwirtschaft in Berlin und Brandenburg.

Hierzu trägt das Unternehmensnetzwerk „media.net berlinbrandenburg e.V.“ (media.net) wesentlich bei. Seit mehr als 15 Jahren zählt media:net zu einem der größten und erfolgreichsten regionalen Netzwerke der Medien- und Digitalwirtschaft in Deutschland mit gut 450 Mitgliedsunternehmen. Der Berlin-Brandenburger Verein sichert die langfristige und nachhaltige Vernetzung der Akteure und die Vertretung der Mitgliederinteressen auf Landes- und Bundesebene für die Verbesserung der

Rahmenbedingungen am Standort Berlin-Brandenburg. Eine Vielzahl von Veranstaltungen und Kommunikationsmaßnahmen in Berlin und Brandenburg bieten den Mitgliedsunternehmen eine kontinuierliche Präsenz und die Möglichkeit, sich gezielt mit ihren Leistungen und Services über das Netzwerk hinaus am Standort zu platzieren. Damit werden auch die bestehenden guten Kooperationen zwischen Berlin und Brandenburg weiter ausgebaut.

Ende Juni 2017 hat media.net das „medien.barometer“ 2017 vorgestellt. Danach bleibt die Zufriedenheit der Berliner und Brandenburger Medien- und IKT-Unternehmen weiterhin ungebrochen: 71 Prozent der Befragten sind zufrieden oder sehr zufrieden mit dem Geschäftsverlauf ihres Unternehmens im letzten Jahr. Klar geworden ist aber auch, dass die Digitalisierung aller Wirtschaftszweige auch die Unternehmen der Berliner und Brandenburger Medienwirtschaft vor enorme Herausforderungen stellt. Hier ist die Anziehungskraft der Region kein Automatismus, so dass media.net für die Mitgliedsunternehmen und die an einer Ansiedlung interessierten Unternehmen immer wieder neue Serviceleistungen entwickelt.

Umgesetzt werden diese unter anderem mit den Initiativen „production.net“, dem „games.net“, dem „startup.net“ und auch „media.connect Brandenburg“. Die Initiative „media.connect Brandenburg“ vernetzt insbesondere die Brandenburger Medienunternehmen. „media.connect Brandenburg“ ermöglicht es den Unternehmen zum Beispiel durch Kooperationen mit bereits bestehenden Institutionen und Einrichtungen ihr Netzwerk zu erweitern und stärkt damit die Hauptstadtregion, erhöht ihre Sichtbarkeit national und international und fördert ihre Wettbewerbsfähigkeit. Im Januar 2016 hat „media.net“ die Initiative „BerlinBalticNordic.net“ gestartet. Die Netzwerkinitiative soll die Verbindung und den Austausch der interaktiven Medienindustrie von Berlin, den nordischen Ländern und Ostsee-Anrainer-Staaten mit Fokus auf Games, Startups und Digital Media befördern.

Vor über zehn Jahren haben die Länder Berlin und Brandenburg das gemeinsame Filmförder- und Standortmarketingunternehmen der Länder, die „Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH“ (Medienboard), gegründet. Auch in 2015 und 2016 setzte Medienboard ihre Arbeit erfolgreich fort und unterstützte kommerziell wie kulturell erfolgreiche Projekte in Berlin und Brandenburg. Das Fördervolumen betrug in 2015 insgesamt 30,5 Mio. Euro und in 2016 insgesamt 31,8 Mio. Euro. In 2015 fanden Produktionen mit insgesamt 4.700 Drehtagen in Berlin-Brandenburg statt, unter anderem die internationale Erfolgsserie „Homeland“, Fatih Akins Romanverfilmung „Tschick“ und „A Cure for Wellness“ von „Fluch der Karibik“-Regisseur Gore Verbinski. Mit 26,5 Mio. Euro unterstützte Medienboard in 2016 Filmprojekte, High End Drama Series, Verleih und Festivalauftritte und erzeugte damit einen Regionaleffekt von 566 Prozent. Das heißt: für 1 Förder-Euro wurden 5,66 Euro in Berlin-Brandenburg ausgegeben. Unter den geförderten Produktionen waren auch Tom Tykwers mehrteiliges 20er-Jahre-Epos „Babylon Berlin“, Matthias Schweighöfers Thrillerserie „You are Wanted“ für Amazon und Marvin Krens Neuköllner Gangsta-Geschichte „4 Blocks“.

Jeweils im Mai 2015 und 2016 fand die „Media Convention Berlin“ in der STATION-Berlin in Kooperation zwischen Medienboard und der Medienanstalt Berlin-Brandenburg zusammen mit der „re:publica“ statt. Im Rahmen der Berlin Web Week bot sie ein Forum für Experten aus Fernsehen und Film, Forschung und Politik sowie für Entscheider der digitalen Wirtschaft. Unter dem Dach der Berlin Web Week haben 2016 gut 8.000 Teilnehmer aus ca. 60 Ländern aktuelle Fragen zu Markttrends und Entwicklungen der digitalen Mediengesellschaft diskutiert, was einem leichten Besucherwachstum entspricht. Die Media Convention Berlin führte 2015 und 2016 nationale und internationale Experten, Medienmacher und Digital Natives zu medien- und netzpolitischen Themen zusammen.

2014 fand die erste Ausgabe der „International Games Week Berlin“ statt. 2015 zog sie zusammen mit der Entwicklerkonferenz Quo Vadis, A MAZE./ Berlin schon über 12.000 Teilnehmer an. Die Games-Wirtschaft profitiert insgesamt von den guten Gründungsvoraussetzungen der Hauptstadtregion, insbesondere für Entwicklerstudios, aber auch für Publisher. Allein 2015 gab es fünf Ansiedlungen von Games-Entwicklern aus Japan und Korea mit insgesamt rund 300 neuen Arbeitsplätzen für Berlin.

Weiterer Ansiedlungserfolg war die Eröffnung des ersten Google-„YouTube Space“ Deutschlands im April 2015. Dabei handelt es sich um professionelle Studios für die Aufzeichnung von YouTube-Videos, die unter anderem mit hochauflösenden Kameras, modernster Audio-Technik und Räumen für Aufnahmen mit der Bluescreen-Technik ausgestattet sind.

Die beiden Landesregierungen sind sich einig, dass freie, unabhängige und vielfältige Medien eine unverzichtbare Säule der demokratischen Grundordnung sind. Die zunehmende Digitalisierung bringt dabei technische und wirtschaftliche Veränderungen für Medienangebote und hat Einfluss auf das Mediennutzungsverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Im Interesse des Medienstandortes Berlin und Brandenburg ist daher eine moderne Medienordnung erforderlich, welche auch künftig die zeitgemäße Entwicklung fördert sowie die Vielfalt der Medienproduktion in den Ländern Berlin und Brandenburg sichert. Die Landesregierungen haben daher im Mai 2017 beschlossen, ihre bisherige enge Zusammenarbeit fortzusetzen und eine Novellierung des Medienstaatsvertrages vorzubereiten.

III. Europapolitik

1. Strukturfondsförderung 2014 bis 2020

Berlin erhält in der aktuellen Förderperiode 2014-2020 aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) 635 Mio. Euro und aus dem „Europäischen Sozialfonds“ (ESF) 215 Mio. Euro, Brandenburg stehen 845 Mio. Euro EFRE- und 362 Mio. Euro ESF-Mittel zur Verfügung.

Die Umsetzung der Strukturfondsprogramme ist erfolgreich angelaufen und schreitet zügig voran. So wie bereits im Planungsprozess stehen die Verwaltungsbehörden der beiden Länder auch im Umsetzungsprozess der Operationellen Programme im regelmäßigen Austausch miteinander. Wichtiger Anknüpfungspunkt der Kooperation ist die Umsetzung der „Gemeinsamen Innovationsstrategie innoBB“ im Rahmen des EFRE.

Bei der Klärung von Einzelfragen, insbesondere im Zusammenhang mit der Auslegung der Strukturfondsverordnungen, stehen die Verwaltungsbehörden der Länder Berlin und Brandenburg im Kontakt. Dieser Dialog ist besonders wichtig, wenn es bei unterschiedlichen Auffassungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission um die Erarbeitung von gemeinsamen Positionen geht.

Im Rahmen der Programmevaluierung nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der brandenburgischen EFRE-Verwaltungsbehörde am begleitenden Weiterbildungsprogramm in Berlin teil und tauschen sich mit ihren Berliner Kolleginnen und Kollegen aus.

Beim strikt zielgruppenorientierten ESF bestehen Wechselwirkungen mit Brandenburg insofern, als im Zuge der gemeinsamen Wirtschaftspolitik der Länder Berlin und Brandenburg Maßnahmen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Wohnsitz im jeweils anderen Bundesland (z. B. Pendlerinnen und Pendler) in begründeten Ausnahmefällen möglich sind.

Im Bereich der Landwirtschaft kooperiert Berlin eng mit Brandenburg. Die Umsetzung der entsprechenden nationalen und EU-Gesetzgebung und die Förderung in den ländlichen Teilräumen Berlins wurde mit dem im Jahr 2003 geschlossenen Staatsvertrag auf die Brandenburgische Landwirtschaftsverwaltung übertragen. Auf Grundlage des „Entwicklungsprogramms für den Ländlichen Raum“ (EPLR) setzt Brandenburg auch die finanziellen Mittel um, die für Berlin aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der Förderperiode 2014 bis 2020 zur Verfügung stehen (1,7 Mio. Euro).

2. Zusammenarbeit mit Polen

Die intensive Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Polen bildet weiterhin einen zentralen Bestandteil der internationalen Aktivitäten der Länder Berlin und Brandenburg. Über die persönlichen Begegnungen von Mitgliedern der Landesregierungen mit den entsprechenden polnischen Partnern hinaus arbeiten beide Landesregierungen in verschiedenen politischen Gremien und Fachgremien eng mit dem Nachbarland zusammen. Ihre gemeinsamen Interessen bringen Berlin und Brandenburg auch in die Deutsch-Polnische Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, dort insbesondere im Ausschuss für grenznahe Zusammenarbeit, dessen deutscher Co-Vorsitz bei Brandenburg liegt, und im Ausschuss für Raumordnungsfragen ein.

Beide Länder arbeiten zudem weiterhin in der Oder-Partnerschaft, einem informellen Netzwerk zwischen acht Regionen dies- und jenseits der Oder, zusammen, hier u.a. zu den Themenbereichen grenzüberschreitender Schienenverkehr, Wirtschaft und Tourismus. Auf Initiative der beiden Länder konnte im April 2016 anlässlich Breslaus als europäischer Kulturhauptstadt wieder eine Direktverbindung zwischen Berlin und Breslau eingerichtet werden. Der sog. Kulturzug, den die Länder anteilig mitfinanzieren, fährt an den Wochenenden und stellt einen wichtigen Touristenmagneten für die Region dar. Aufgrund seines großen Erfolges wurde er bis Ende 2018 verlängert. Berlin und Brandenburg setzen sich für die Wiederaufnahme einer regulären Direktverbindung nach 2018 ein. Im Januar 2016 fand im Rahmen der Oder-Partnerschaft ein politisches Spitzentreffen in Breslau statt. Insgesamt gibt es einen regelmäßigen Austausch im Rahmen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, u.a. über die gegenseitige Einladung der Verwaltungen zu Arbeitstreffen mit Polenbezug.

Bei grenzüberschreitenden raumordnerischen und regionalplanerischen Fragen handeln die Länder über die Gemeinsame Landesplanungsabteilung. Im Auftrag des Raumordnungsausschusses der Deutsch-Polnischen Regierungskommission wurde das „Gemeinsame Zukunftskonzept für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum – Vision 2030“ erarbeitet und Ende 2016 in ihrem Raumordnungsausschuss beschlossen. Gestützt auf das Wissen über die wichtigsten Herausforderungen und Chancen des deutsch-polnischen Verflechtungsraumes wurden fachkonkrete Leitlinien und Handlungsansätze entwickelt. Das Zukunftskonzept ist als beiderseits abgestimmte raumordnerische Handlungsempfehlung für die zuständigen Behörden, Einrichtungen und Entscheidungsträger zu verstehen. Es leistet mit seiner spezifischen, grenzübergreifenden Perspektive einen Beitrag zur Diskussion über zukünftige Schwerpunkte der europäischen Kohäsionspolitik. Es umfasst räumlich den gesamten Bereich der Oder-Partnerschaft und soll die Kooperation zwischen den Metropol- und Stadtregionen als Motoren der Entwicklung des gesamten Raumes fördern.

In der 14. gemeinsamen Kabinettsitzung Berlin-Brandenburg am 23. Mai 2017 beschlossen die beiden Regierungen, dass mit der erfolgreichen Erarbeitung des Gemeinsamen Zukunftskonzepts ein grenzüberschreitender, strategischer Rahmen zur Umsetzung der Berliner und Brandenburger Interessen bei der deutsch-polnischen Kooperation geschaffen wurde und es jetzt um die Umsetzung des Konzepts geht.

3. Zusammenarbeit der Landesvertretungen in Brüssel

Die Landesvertretungen Berlins und Brandenburgs in Brüssel stehen weiterhin in regelmäßigem Arbeitskontakt. So werden gemeinsame Bürorunden der Länderbüros organisiert und es gibt eine enge Abstimmung bei Themen von gemeinsamem europapolitischem Interesse, so z.B. der Zukunft der EU-Kohäsionspolitik. Darüber hinaus findet jährlich eine Informationsfahrt der EU-Referentinnen und -Referenten aus Berlin und Brandenburg nach Brüssel statt (2016 organisiert durch das Büro des Landes Berlin bei der EU, 2017 durch die Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU).

IV. Stadtentwicklung/ Wohnen

Wohnungsbaupotenzialermittlung für den Stadt-Umland-Raum

Durch die positive und die Prognosen übersteigende Bevölkerungsentwicklung in Berlin und Teilen Brandenburgs zeigt sich eine angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt. Es erweist sich immer stärker, dass der Stadt-Umland-Raum eine gemeinsame Wohnungsmarktregion mit unterschiedlichen Qualitäten bildet und eine gemeinsame Sicht auf die Bevölkerungsentwicklung und das Wohnungsmarktgeschehen nur unvollständig vorhanden ist. Im Juni 2016 wurde der Abschlussbericht einer Wohnungsbaupotenzialermittlung für den Stadt-Umland-Raum vorgelegt und in der Jahreskonferenz des Kommunalen Nachbarschaftsforums Berlin-Brandenburg erörtert. Für die Jahre 2017 bis 2019 ist eine Fortschreibung der Studie in Auftrag gegeben.

V. Landesplanung/ Raumordnung

1. Landesplanungsvertrag

Im Landesplanungsvertrag ist eine planmäßige Überprüfung der gemeinsamen Landesentwicklungspläne spätestens zehn Jahre nach ihrer Aufstellung vorgesehen. Auf Grundlage der im Jahr 2015 durchgeführten Evaluierung des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg (LEP B-B) haben die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg am 19. Juli 2016 den Entwurf des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) gebilligt und die Gemeinsame Landesplanungsabteilung beauftragt, zu diesem Entwurf das gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren durchzuführen. Über das Ergebnis der Abwägung der zum Planentwurf im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangenen über 11.000 Anregungen und Bedenken und die daraufhin ggf. erforderliche Weiterentwicklung des Planentwurfes werden die beiden Landesregierungen voraussichtlich noch vor Beginn des Jahres 2018 entscheiden.

2. Neuausrichtung der Transeuropäischen Verkehrsnetze

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg liegt im Schnittpunkt von drei transeuropäischen Kernnetzkorridoren (Skandinavien-Mittelmeer, Nordsee-Ostsee und Orientöstliches Mittelmeer), die 2013 in einer EU-Verordnung festgelegt wurden. Die Herausforderungen und Möglichkeiten, die sich aus der Überlagerung der Verkehrsströme ergeben, erfordern es, dass die Regionen und die städtischen Knoten entlang der transeuropäischen Korridore neue Wege der regionalen und europäischen Kooperation gehen.

Unter Einbeziehung der regionalen Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik wurde ein Prozess der Selbstorganisation im „Urban Node Berlin-Brandenburg“ in Gang gesetzt. Einerseits sollen die von der Europäischen Kommission eingesetzten Korridorkoordinatoren bei der Umsetzung der Korridorprogramme unterstützt und ande-

rerseits gleichzeitig in der Region selbst Projekte mit europäischem Mehrwert und zur Beseitigung von Schwachstellen generiert werden. Gleichzeitig werden im Rahmen des Interreg-Projektes „Scandria@2Act“ (Lead Partner: Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg) die gemeinsamen Vorbereitungen für eine „Scandria@Allianz“ zur Umsetzung und Nutzung der Ziele der TEN-T Strategie in der Hauptstadtregion und zur Verstetigung der Zusammenarbeit im „Scandria@ Korridor“ fortgeführt. Dies geschieht in enger Kooperation mit dem Interreg-Projekt „NSBCoRe“ (Lead Partner: Region Helsinki; Projektpartner: Berlin).

Seit der „URBAN NODE BERLIN-BRANDENBURG TEN-T Regionalkonferenz“ am 21./ 22. September 2015 in Berlin, die gemeinsam vom Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Berlin durchgeführt wurde, gab es in diesem Prozess einen weiteren Meilenstein, den „Scandria@2Act Workshop“ der Hauptstadtregion zur Ermittlung und Beratung für Projektideen zur Beantragung von Fördermitteln der „Connecting Europe Facility“ (CEF) am 6. Oktober 2016 – eine Initiative der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg zur Erfassung, Bewertung und Empfehlung von für die CEF-Förderung geeigneten Projektvorschlägen.

VI. Umwelt/ Verkehr/ Klimaschutz

1. Öffentlicher Personennahverkehr

Der Verkehrsvertrag für die Erbringung von S-Bahnleistungen mit der S-Bahn Berlin GmbH läuft im Dezember 2017 aus. Nachdem das Teilnetz Ring und Südost im wettbewerblichen Vergabeverfahren mit dem Vertrag mit der S-Bahn für den Zeitraum 2021 bis 2035 erfolgreich abgeschlossen wurde, erhielt die S-Bahn Berlin GmbH im Wege der Direktvergabe von den Ländern Berlin und Brandenburg im Dezember 2016 den Auftrag für die Leistungserbringung auf diesem Teilnetz bis zum Beginn des Wettbewerbsvertrages (Dezember 2017 bis 2021/ 23) mit Altfahrzeugen. Für die Teilnetze Nord/ Süd und Stadtbahn wird nach der Überkompensationskontrolle im 4. Quartal 2017 die S-Bahn Berlin GmbH mit der Verkehrserbringung mit Bestandsfahrzeugen für den Zeitraum (Dezember 2017 bis 2023/ 27) beauftragt. Die Länder Berlin und Brandenburg haben im Mai 2016 die Vorinformation zur Vergabe dieser Leistungen ab 2023 veröffentlicht. Durch dieses Vergabeverfahren wird der S-Bahn Verkehr auf den Teilnetzen Nord/ Süd und Stadtbahn im Anschlusszeitraum bis 2028/ 2033 (gestaffelt auslaufend) beauftragt. Laufzeit und Fahrzeuganforderungen werden so gesetzt, dass auch der Einsatz von Gebrauchtfahrzeugen möglich ist. Die Vergabe wird gegenwärtig vorbereitet. Der Verkehrsverbund Berlin Brandenburg unterstützt die Länder und ist auch als Vergabebüro tätig.

Im Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung für die Bestellung und Finanzierung der Verkehre für die Berliner S-Bahn haben die Länder im August 2016 eine Vereinbarung zur Kosten- und Erlösaufteilung der Verkehrsleistungen ab Dezember 2017 unterzeichnet.

Nach erfolgreicher Verhandlung der Länder erfolgte im Juli 2017 die Unterzeichnung des Einnahmenaufteilungsvertrages für das Tarifgebiet Berlin ABC für den Zeitraum Dezember 2017 bis 2020 durch die Verkehrsunternehmen BVG, S-Bahn Berlin GmbH und DB Regio AG sowie dem Verkehrsverbund Berlin Brandenburg.

Der Verkehrsverbund Berlin Brandenburg bereitet gegenwärtig mit den Ländern die Ausschreibung für das Regionalbahnnetz Netz Elbe-Spree (heute Netz Stadtbahn) vor. Der Vertrag soll im Jahr 2022 beginnen und eine Laufzeit von 12 bis max. 15 Jahren haben.

2. Luftverkehr

Die Zahl der Passagiere an den Flughäfen der Hauptstadtregion in Tegel und Schönefeld stieg im Jahr 2016 über die 32 Millionen-Marke: Insgesamt wurden 32,91 Mio. Passagiere gezählt, dies ist ein Anstieg gegenüber 2015 um 11,4 Prozent bzw. 3,38 Mio. Passagiere. Daran waren der Flughafen Tegel mit rund 250.000 Passagieren (Anstieg um 1,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) und der Flughafen Schönefeld mit rund 3,13 Mio. Passagieren (Anstieg um 36,7 Prozent ggü. dem Vorjahr) beteiligt. Damit entwickelte sich der Luftverkehr in der Region Berlin-Brandenburg auch weiterhin dynamischer als der Durchschnitt der internationalen Verkehrsflughäfen in Deutschland. Das gesteigerte Passagieraufkommen verdeutlicht die Attraktivität der Hauptstadtregion für Besucher aus der ganzen Welt.

Die Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg verzögert sich vor dem Hintergrund anhaltender Projektkomplexitäten weiter und bleibt prioritäre Herausforderung sowohl für die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) als auch für deren Gesellschafter. Um dem Anstieg der Fluggastzahlen zu begegnen, wird die Flughafeninfrastruktur im Rahmen eines Masterplans bedarfsgerecht stufenweise ausgebaut. Zu den Details wird auf die laufende Berichterstattung gegenüber dem Abgeordnetenhaus verwiesen.

Die Zusammenarbeit der Landesregierungen verläuft vertrauensvoll und ist darauf ausgerichtet, die Geschäftsführung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Die FBB prüft stetig, den Fluglärm durch betriebliche Maßnahmen weiter zu reduzieren.

3. Braunkohletagebau

Die Vermeidung von Umweltbelastungen durch den Braunkohletagebau ist nach wie vor ein aktuelles länderübergreifendes Thema. Zur Begrenzung der Sulfatbelastung der Spree finden seit 2015 regelmäßige Konsultationen auf Staatssekretärebene statt. Im Rahmen eines gemeinsam finanzierten Projektes der beiden Länder konnte die modelltechnisch gestützte Prognose der Sulfatentwicklung der Spree bis nach Berlin deutlich verbessert werden. Auf Grundlage der Projektergebnisse wird der weitere Handlungsbedarf vor allem zum Schutz der Trinkwasserversorgung Berlins erörtert.

Die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) hat am 30. März 2017 ihr Revierkonzept für die Lausitz bekannt gegeben. Für Brandenburg ist darin vorgesehen, von den Plänen zur Fortführung des Tagebaus Jänschwalde in das Nordfeld abzusehen. Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung/ Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg wird daher das laufende Braunkohleplanverfahren Jänschwalde-Nord einstellen. Die LEAG wird eine abschließende Investitionsentscheidung zur Inanspruchnahme des Teilfeldes II des Tagebaus Welzow-Süd bis spätestens 2020 treffen. Weiterhin wird die LEAG keine Planungen zum Aufschluss der Tagebaue Bagenz-Ost und Spremberg-Ost aufnehmen. Im Übrigen hat der Tagebau Cottbus-Nord bereits im Dezember 2015 seine Endstellung erreicht.

Die Obliegenheiten der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) im Zusammenhang mit der Sanierung der mit der Wende eingestellten Tagebaue weisen in einigen Projektbereichen auch Bezüge zum Land Berlin auf.

Zwischenzeitlich konnte ein 5. Folgeabkommen zwischen dem Bund und den Braunkohlesanierungsländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verhandelt und abgeschlossen werden. Damit ist auch für die Jahre 2018 bis 2022 eine tragfähige Organisations- und Finanzstruktur sichergestellt.

VII. Bildung und Jugend

1. Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)

Besondere Schwerpunkte des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg liegen derzeit in folgenden Bereichen:

- Qualifizierung von schulischen Führungskräften, insbesondere von Schulleitungspersonal, nach einem einheitlichen Konzept. Die Qualifizierung von Personen für die Unterstützungssysteme von Schulen beider Länder findet gemeinsam nach einem bedarfsorientierten modularen System statt.
- Einführung eines neuen Rahmenlehrplans für die Jahrgangstufen 1 bis 10 zum Schuljahr 2017/ 2018, mit dem die bisher gültigen Rahmenlehrpläne für die Grundschule und für die Sekundarstufe I sowie für den sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ abgelöst werden mit Ausnahme der Übergangsregelungen für die Jahrgänge 6 und 10. Mit dem neuen Rahmenlehrplan soll die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler unterstützt werden, er soll die Lebens- und zukünftige Berufswelt der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen, kompetenz- und handlungsorientiert sein und stoffliche Überfrachtung vermeiden. Sowohl im Verfahren der Erteilung gemeinsamer Prüfungsarbeiten als auch bei der Rahmenlehrplanentwicklung soll die Vergleichbarkeit der Anforderungen in beiden Ländern deutlich gemacht werden. Darüber hinaus soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass ein gemeinsames Landesinstitut nur dann synergetisch arbeiten kann, wenn beide Länder in ihren bildungspolitischen Zielsetzungen stärker kooperieren.

- Projektmanagement für die Entwicklung gemeinsamer Prüfungsaufgaben für Berlin und Brandenburg im Zentralabitur in den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch, Mathematik sowie für den Mittleren Schulabschluss in Berlin und den Abschluss „Fachoberschulreife“ in Brandenburg in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch. Erstmals ab 2014 wurden auch gemeinsame Prüfungsaufgaben am Ende der Jahrgangsstufe 10 für den Abschluss "Erweiterte Berufsbildungsreife" entwickelt.

Dem LISUM ist der „Bildungsserver Berlin-Brandenburg (bbb)“ angegliedert. Die Inhalte sowie Dienste und Anwendungen bedienen einerseits länderspezifische Besonderheiten; andererseits ist der Großteil des Angebots für Fachkräfte beider Länder in der Bildungsregion Berlin-Brandenburg ausgerichtet.

Ausgehend vom Beschluss des Abgeordnetenhaus (Plenarprotokoll 17/ 43, DS 17/ 1438) „das Prinzip von offenen digitalen Bildungsressourcen (sog. „Open-Educational Resources“) in der schulischen Bildung umzusetzen“ beteiligte sich das LISUM am Projekt „Offene Bildungsmedien (OER) für Berliner Lehrkräfte“. Mit Abschluss des Projekts lag Ende 2016 ein Konzept und eine Testumgebung für eine OER-Medienplattform vor, die in den Folgejahren sukzessive weiterentwickelt und in die Berliner Bildungslandschaft(en) eingeführt werden kann. Das erfordert zukünftig die Einbettung in ein ganzheitliches Konzept, das neben der technischen Dimension auch die pädagogische, rechtliche und soziale Ebene der Einführung von (digitalen) Bildungsinnovationen – hier im speziellen OER – berücksichtigt. Hierbei ist vorgesehen, eine OER-Plattform (Repository) in den Bildungsserver zu integrieren und Fortbildungen sowie den Support für Autorinnen und Autoren anzubieten.

Im Zuge eines technischen, inhaltlichen und gestalterischen Relaunches des Bildungservers erfolgte die technische Migration des Content Management Systems auf eine neue Version.

2. Gemeinsame Arbeitsgruppe zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2010-2018

Die im November 2009 verabschiedete EU-Jugendstrategie sieht eine stärkere europaweite Abstimmung in jugendpolitischen Fragen vor und orientiert sich an acht Handlungsfeldern (allgemeine und berufliche Bildung; Beschäftigung und Unternehmergeist; Gesundheit und Wohlbefinden; Teilhabe; Freiwilligentätigkeit; soziale Eingliederung; Jugend in der Welt; Kreativität und Kultur). Bund und Länder in Deutschland haben sich entschieden, sich auf drei Handlungsfelder zu fokussieren (Übergang Schule/ Ausbildung in Beruf; Partizipation; Anerkennung non-formalen Lernens).

Berlin und Brandenburg setzen die EU-Jugendstrategie in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe um. Ziel ist, die Chancengleichheit aller jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Mit dieser europäischen Dimension werden Impulse in die praktische Kinder- und Jugendhilfe gegeben.

An der eingerichteten Arbeitsgruppe nehmen neben den Vertretungen der obersten Landesjugendbehörden die Kommunen/ Bezirke, die beiden Landesjugendringe und das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg teil. Aus der Arbeitsgruppe heraus konnten zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten umgesetzt werden. Der Prozess wurde vom Deutschen Jugendinstitut wissenschaftlich begleitet.

VIII. Wissenschaft

Die Hochschulregion Berlin-Brandenburg ist ein attraktiver Lebens- und Studienstandort, dessen Angebote von Studierenden unabhängig von Wohnort und Landesgrenzen rege genutzt werden. Dieser Tatsache wurde durch die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Zuletzt wurde im Rahmen der Novellierung des Berliner Studierendenwerkgesetzes ein Passus ergänzt, der die Dienstleistungen des Studierendenwerks auch an Studierende von Hochschulen außerhalb seines Geltungsbereichs ermöglicht. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung zwischen dem Studierendenwerk Berlin und dem Studentenwerk Potsdam wurde im Jahr 2016 abgeschlossen. Sie erlaubt den Studierenden insbesondere den Besuch der Mensen zu vergünstigten Preisen.

Die Beziehungen und Kooperationen zwischen Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen in der gesamten Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg gestalten sich auch weiterhin intensiv und nachhaltig. Dies gilt für die Kooperationen bei Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs im Rahmen der allgemeinen Programmförderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, aber vor allem für die bis 2017 währende zweite Programmphase der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. Zu nennen sind hier insbesondere die Exzellenzcluster UniCat (drei Berliner Universitäten, die Universität Potsdam und das Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung in Potsdam) und Topoi (Partner ist hier u.a. die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften). Auch im Exzellenzcluster Bild Wissen Gestaltung der Humboldt-Universität zu Berlin gibt es Kooperationen mit dem Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung sowie dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam.

Weiterhin kooperieren Berliner und Brandenburger Einrichtungen im Rahmen mehrerer Graduiertenschulen (Berlin Mathematical School, Berlin Graduate School of Muslim Cultures and Societies, Friedrich Schlegel Graduiertenschule für literaturwissenschaftliche Studien, Berliner Graduiertenschule für Integrative Onkologie, Berlin School of Mind and Brain, Graduiertenschule für Analytical Sciences Adlershof, Helmholtz Graduate School for Macromolecular Bioscience).

Unter den erfolgreichen Kooperationsprojekten ist das „Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft“ („Deutsches Internet-Institut“) mit Sitz in Berlin hervorzuheben, welches die Wechselwirkungen von Digitalisierung und Gesellschaft erforschen wird. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt dafür Fördermittel in Höhe von bis zu 50 Millionen Euro in den ersten fünf Jahren bereit. Hinter dem An-

trag aus beiden Ländern steht ein Konsortium, das neben dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung die vier Berliner Universitäten, die Universität Potsdam und das Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS) umfasst.

Auch im Zusammenhang mit Gründungsaktivitäten der Hochschulen sind kooperative Erfolge zu verzeichnen. Die Gründungsnetzwerke der Berliner Hochschulen sind zusammen mit den Netzwerken der Brandenburger Partner zur Modellregion des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanzierten Programms „EXIST – Existenzgründungen aus der Wissenschaft“ geworden. Im Rahmen des „EXIST Start-up Germany“ wurde Ende 2015 in bilateraler Absprache zwischen Deutschland und Israel eine Vernetzung mit dem Ziel gestartet, technologieorientierte Gründerinnen und Gründer aus Israel mit der deutschen akademischen Gründungslandschaft – insbesondere mit der Start-up-Region Berlin – zu vernetzen.

Im Bereich der Nachhaltigkeitsforschung kooperiert die Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Dies manifestiert sich insbesondere in aktuell fünf gemeinsam berufenen Professuren und deren intensiver Einbindung in die Konzeption, die Gründung und die laufende Arbeit des Integrativen Forschungsinstituts THESys (Transformation of Human-Environment Systems) als einer der zentralen Bausteine des Zukunftskonzepts der Humboldt-Universität.

Das Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg bündelt und vernetzt die breit gefächerten Aktivitäten in diesem Bereich länderübergreifend. Trägereinrichtungen sind die Freie Universität Berlin, die Humboldt-Universität zu Berlin, die Technische Universität Berlin, die Universität Potsdam, die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), das Abraham Geiger Kolleg, das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (beides An-Institute der Universität Potsdam) sowie die Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar.

IX. Gesundheit

1. Gemeinsame Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg ab 2020

Berliner Krankenhäuser übernehmen in steigendem Umfang Krankenhausversorgungsaufgaben für die Bevölkerung Brandenburgs im näheren Umland Berlins. Auch umgekehrt nimmt die Berliner Bevölkerung Versorgungsangebote Brandenburger Krankenhäuser in Anspruch. Daraus ergibt sich gemäß § 6 Abs. 2 Krankenhausfinanzierungsgesetz in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Landeskrankenhausgesetz die Notwendigkeit, die Krankenhausplanungen der Länder Berlin und Brandenburg abzustimmen. Diese Abstimmungen wurden in den letzten Jahren intensiviert.

In Berlin ist der vom Senat in seiner Sitzung am 24. November 2015 beschlossene Krankenhausplan 2016 nach § 6 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz verbindliche Planungsgrundlage bis zum Jahr 2020.

Die Länder Berlin und Brandenburg streben bis zum Ende des aktuellen Planungszeitraums an, die Abstimmungsgespräche zur Krankenhausplanung in der Gesamtregion Berlin/ Brandenburg mit dem Ziel einer gemeinsamen Krankenhausplanung fortzuentwickeln. Diese soll als Grundlage der jeweiligen Krankenhauspläne für Berlin und für Brandenburg in 2020 dienen.

Durch bereits bestehende enge Verflechtungen und Zusammenarbeit in der Gesundheitsregion Berlin/ Brandenburg sprechen für eine gemeinsame Krankenhausplanung gute Gründe. Auch wenn unterschiedliche Herausforderungen, die sich aus den Strukturen eines Stadtstaates und eines Flächenlandes ergeben, weiterhin unterschiedliche Lösungen erfordern, eröffnet eine gemeinsame Krankenhausplanung die Möglichkeit bisherige unterschiedliche Anforderungen, Planungsgrundsätze und Versorgungsziele der jeweiligen Krankenhausplanungen zu harmonisieren.

Im Jahr 2018 wird erstmals der zu diesem Zweck von beiden Ländern zu etablierende gemeinsame Regionalausschuss Krankenhausplanung tagen.

2. Errichtung eines klinischen Krebsregisters nach § 65c SGB V der Länder Berlin und Brandenburg

Die Länder sind nach § 65c SGB V verpflichtet, flächendeckende unabhängige klinische Krebsregister einzurichten. Die Klinische Krebsregister für Brandenburg und Berlin gGmbH hat ihre Tätigkeit am 1. Juli 2016 aufgenommen. Die Institution mit derzeit knapp 50 Beschäftigten ist eine Tochtergesellschaft der Landesärztekammer Brandenburg mit Hauptsitz in Cottbus und fünf dezentralen Registerstellen in Brandenburg sowie einer Registerstelle in Berlin-Schöneberg.

Die laufenden Betriebskosten werden zu 90 Prozent von den Kostenträgern (gesetzliche Krankenkassen, private Krankenversicherungen und die sich beteiligenden Beihilfeträger) übernommen. Zehn Prozent bezahlen die Länder Berlin und Brandenburg.

Die Erstattung erfolgt anhand einer fallbezogenen Krebsregisterpauschale für jede gemeldete Neuerkrankung. Diese Fallpauschale ist bundeseinheitlich, soll den Aufwand des Klinischen Krebsregisters (KKR) über den gesamten Behandlungsverlauf abdecken und wird jährlich an die Lohn- und Gehaltsentwicklung automatisch angepasst. Der GKV-Spitzenverband hat regelmäßig alle fünf Jahre zu überprüfen, ob die Registerpauschale 90 Prozent der durchschnittlichen Betriebskosten eines KKR abdeckt, erstmals Ende 2019.

Zudem erstatten die Kassen dem KKR die an die meldenden Leistungserbringenden zu zahlenden bundeseinheitlichen Meldevergütungen. Die Beteiligung weiterer Kostenträger (private Krankenversicherungen, Beihilfeträger) ist zu den gleichen Bedingungen freiwillig möglich. Die privaten Krankenversicherungen haben ihre Beteiligung bereits frühzeitig erklärt. Derzeit beteiligt sich die private Krankenversicherung im Rahmen einer Vereinbarung in Form einer pauschalierten Finanzierung. Diese soll

jedoch in 2018 auf eine Einzelfallbezogene Abrechnung umgestellt werden. Details sind noch offen. Der Bund hat die Bundesbeihilfeverordnung bereits entsprechend angepasst und auch Berlin hat seine Beihilferegulungen entsprechend angepasst (in Brandenburg finden über § 62 Satz 1 Landesbeamtengesetz die Regelungen der Bundesbeihilfeverordnung unmittelbar Anwendung). Die für die Abrechnung notwendige Vereinbarung mit dem Bundesministerium des Inneren, der die Länder Berlin und Brandenburg bereits beigetreten sind und die für Beitritte weiterer Beihilfeträger und klinischen Krebsregister offensteht, ist mit Wirkung zum 01. Oktober 2016 abgeschlossen worden.

Nach Ablauf der Übergangsphase für den Aufbau klinischer Krebsregister am 31. Dezember 2017 werden die Krankenkassen die fallbezogene Krebsregisterpauschale jedoch nur dann zahlen, wenn bis dahin die Erfüllung der umfangreichen Förderkriterien nach § 65c SGB V durch die Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen festgestellt ist. Die Übergangsphase kann allerdings verlängert werden.

X. Arbeit

1. Zusammenarbeit bei der Gestaltung des Arbeitslebens in Berlin und Brandenburg

Aufbauend auf der langjährigen guten Kooperation beider Länder im Bereich des Arbeits- und Tarifrechts, der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung sowie der Arbeitsgerichtsbarkeit, die beispielsweise im bei der Senatsarbeitsverwaltung seit 1992 geführten Gemeinsamen Tarifregister Berlin und Brandenburg, in jährlichen gemeinsamen Koordinierungsrunden zur Schwarzarbeitsbekämpfung und in der Bildung des gemeinsamen Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg 2007 ihren Ausdruck gefunden hat, hat sich die fruchtbare Zusammenarbeit beider Länder auch im Berichtszeitraum fortgesetzt. Die enge Kooperation mit den in der Region Berlin-Brandenburg zumeist länderübergreifend organisierten Sozialpartnern und ihren Spitzenverbänden auf der Basis der in beiden Ländern abgeschlossenen Sozialpartnervereinbarungen (Brandenburg 2011 bzw. Berlin 2013) hat sich weiter entwickelt.

Am 10. Februar 2016 fand ein Sozialpartnerdialog mit dem Schwerpunktthema „Arbeit 4.0 – Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten für die Tarif- und Sozialpartner im Zuge der Digitalisierung der Arbeitswelt – mit besonderem Fokus auf den Dienstleistungssektor in Berlin“ statt. Ein weiterer Sozialpartnerdialog diente am 22. Mai 2017 der Wiederaufnahme des Dialogs in der neuen Legislaturperiode unter neuer politischer Leitung.

Ebenso gab es bei überregionalen Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen weiterhin eine enge Kooperation mit den Sozialpartnern der entsprechenden Branchen, den in den Tarifausschüssen der Länder Berlin und Brandenburg agierenden Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Sozialpartner bzw. ihrer Spitzenverbände und den Arbeitsverwaltungen beider Länder. Im Berichtszeitraum konnten mit

dem Entgelttarifvertrag für Arbeitnehmer in den Elektrohandwerken der Länder Berlin und Brandenburg vom 24. Juni 2015, dem Tarifvertrag für Auszubildende in den Elektrohandwerken der Länder Berlin und Brandenburg vom 24. Juni 2015, dem Entgelttarifvertrag für Sicherheitskräfte an Verkehrsflughäfen in Berlin und Brandenburg vom 20. Dezember 2016, dem Entgelttarifvertrag für Sicherheitsdienstleistungen in Berlin und Brandenburg vom 31. Januar 2017 und dem Vergütungstarifvertrag für Bodenverkehrsdienstleistungen an Flughäfen in Berlin und Brandenburg vom 28. März 2017 fünf länderübergreifende Tarifwerke jeweils gleichlautend für allgemeinverbindlich erklärt und damit die Arbeitsbedingungen für zehntausende Beschäftigte in Betrieben beider Länder gestaltet werden.

2. Zusammenarbeit im Bereich der Berufsausbildung und Fachkräftesicherung

Die Kooperation des „Berliner Lenkungskreises für Fachkräftesicherung“ und des „Brandenburger Bündnisses für Fachkräftesicherung“ mit gegenseitiger Beteiligung an den jeweiligen Tagungen wurde fortgesetzt. Die Sitzungen dienen dem Austausch von Informationen zu Maßnahmen und Projekten der Fachkräftesicherung und der Ermittlung gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten. Im Fokus steht zudem die Synchronisierung der Aktivitäten in Berlin und Brandenburg mit den Bundesmaßnahmen zur Fachkräftesicherung.

Am 11. Juli 2016 haben sich die Landesausschüsse für Berufsbildung Berlin und Brandenburg zu einer gemeinsamen Sitzung im Berliner Rathaus getroffen. Themen waren die Entwicklung eines gemeinsamen Ausbildungsmarktes, die Digitalisierung der Arbeitswelt und deren Auswirkungen auf duale Ausbildung sowie aktuelle Projekte und Aktivitäten in den beiden Ländern zur Integration von jungen Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit. Es wurde vereinbart, die gemeinsamen Sitzungen zu verstetigen.

3. Weiterbildungsdatenbanken

Die Verknüpfung der Weiterbildungsdatenbanken beider Länder mit Hilfe eines gemeinsamen Suchportals spiegelt das Zusammenwachsen des Arbeitsmarktes wider. Die Weiterbildungsdatenbanken informieren aktuell, umfassend und anbieterneutral über Angebote der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung. Arbeitssuchende, Beschäftigte und Unternehmen mit Qualifizierungsbedarf können online unter www.wdb-suchportal.de in ca. 33.000 Bildungsangeboten von 1.100 Anbieterinnen und Anbietern an über 2.400 Veranstaltungsorten der Region Berlin-Brandenburg recherchieren.

Im Oktober 2015 ist auch eine Weiterbildungsdatenbank-App an den Start gegangen. Damit ist es auch für Nutzerinnen und Nutzer von mobilen Endgeräten wie Smartphones und Tablets möglich, sich jederzeit über passende Weiterbildungsangebote in Berlin-Brandenburg zu informieren und auch diese gleich beim Weiterbildungsanbieter zu buchen.

Derzeit arbeiten die Verantwortlichen für die Weiterbildungsdatenbanken beider Länder daran, die Funktionalitäten und die Handhabbarkeit der Daten insgesamt und auch auf mobilen Geräten zu modernisieren und noch besser für die künftigen Erfordernisse anzupassen.

XI. Inneres

1. Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt entsendet seit über zwölf Jahren einen Vertreter der Geschäftsstelle in die Arbeitsgruppe 1 „Kinder-, Jugend – und Gewalt-delinquenz; Kinder- und Jugendschutz“ des Landespräventionsrates Brandenburg (LPR) als Gast. Durch die dreimal im Jahr stattfindende Sitzung der Arbeitsgruppe im Innenministerium des Landes Brandenburg in Potsdam können aktuelle Phänomene diskutiert und Lösungsmöglichkeiten innerhalb der Prävention ausgetauscht werden. Der Informationsaustausch kann so auf dem kleinen Dienstweg zügig erfolgen. Durch die Teilnahme wird die enge präventive Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg weiter gestärkt.

Seit zwei Jahren entsendet die Landeskommision Berlin gegen Gewalt einen Vertreter der Geschäftsstelle in die Arbeitsgruppe 2 „Extremismusprävention“ des Landespräventionsrates Sicherheitsoffensive Brandenburg (LPR) zu den Themen Rechts-extremismus, Linksextremismus und Ausländerextremismus. Es werden insbesondere Präventionsmöglichkeiten zur Verhinderung des Islamismus diskutiert bzw. Lösungsmöglichkeiten ausgetauscht. Dieser Austausch findet auf Arbeitsebene mit Vertretern des LKA, Verfassungsschutz, der Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Trägern statt. Auch hier wird durch die Teilnahme die enge präventive Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg gestärkt.

2. Vereinbarung zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Zusammenarbeit in der Luftrettung

Am 16. März 2017 ist die aktualisierte Vereinbarung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg über die Zusammenarbeit in der Luftrettung in Kraft getreten. Sie führt die im Jahr 2004 geschlossene Vereinbarung fort, die im Interesse einer besseren Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Notfallrettung geschlossen wurde. Die Vereinbarung hat sich bewährt, die länderübergreifenden Einsätze der Rettungshubschrauber und die Zusammenarbeit der Leitstellen werden grundsätzlich positiv bewertet. Einige Teile der Vereinbarung waren nicht mehr aktuell und mussten daher angepasst werden.

3. Polizeiliche Zusammenarbeit

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport ist am 06. Juli 2015 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Innenministerien der Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen über die Zusammenarbeit der Polizeien im Rahmen einer Sicherheitskooperation beigetreten. Die Vereinbarung betrifft die Zusammenarbeit

der Polizeien in allen Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung, einschließlich Prävention, Verkehrssicherheitsarbeit, Aus- und Fortbildung sowie der Nutzung von Technik und Gerät. Berlin hatte in der seit 2004 bestehenden Kooperation bereits seit 2010 Gaststatus. Mittlerweile ist die Zusammenarbeit in den Gremiensträngen institutionalisiert worden. Hierdurch ist insbesondere die polizeiliche Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg noch enger geworden.

Im Rahmen der Sicherheitskooperation Ost werden zudem Fortbildungen in einem gemeinsamen Fortbildungskatalog (GFBK) angeboten, die jährlich zwischen den Ländern auf einer Jahrestagung vereinbart werden. Statistikdaten belegen durch die steigende Frequentierung das Anwachsen der Akzeptanz. Darüber hinaus fanden zwischen den Polizeien beider Länder diverse Arbeitstagungen und Workshops zu unterschiedlichsten Themenbereichen statt, die neben Einsatzfragen und solchen der Kriminalitätsbekämpfung auch gemeinsame Beschaffungsprojekte betrafen.

Hervorzuheben ist ferner das zwischen den Landeskriminalämtern beider Länder gemeinsam aufgelegte internationale Projekt namens LIMES. Das Anfang 2017 gestartete, auf zwei Jahre angelegte Projekt beinhaltet als Schwerpunkt die Bekämpfung russischsprachiger Organisierter Kriminalität (OK) und grenzüberschreitender Kfz-Kriminalität mit OK-Bezug. Projektpartner sind auch die von diesen Kriminalitätsphänomenen betroffenen europäischen Nachbarländer sowie EUROPOL.

Erwähnenswert ist weiterhin die Zusammenarbeit mit Brandenburg im Zusammenhang mit dem Berliner Projekt Kriminalitätsprognose Wohnraumeinbruch (KrimPro). Im Rahmen des Austausches der Analysebereiche der Polizei Berlin und Brandenburg wurden Möglichkeiten der verbesserten Bekämpfung des Wohnraumeinbruchs erörtert. Seit Beginn der Entwicklung einer eigenständigen Prognosesoftware durch das LKA Berlin waren Mitarbeitende des Polizeipräsidiums Brandenburg von Anfang an hierüber informiert und nahmen an Workshops teil. Am 3. Mai 2017 wurde das Programm KrimPro im Polizeipräsidium Potsdam an Brandenburg übergeben und wird dort derzeit an die dortigen Bedürfnisse angepasst. Die aktuelle Weiterentwicklung des Programms KrimPro erfolgt in engem Kontakt mit den Brandenburger Dienstkräften. Mitunter erfolgt die Entwicklung von Teilen der Auswertemethoden und entsprechender Software sogar gemeinsam, um die Kooperation in der Analyse und Bekämpfung auch länderübergreifender Kriminalitätsformen in Berlin und Brandenburg zu verbessern.

Die Länder der Sicherheitskooperation Ost planen die Errichtung eines Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrums auf dem Gebiet der Telekommunikationsüberwachung (GKDZ TKÜ). Am 19. Juni 2017 haben die Bundesländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin den Staatsvertrag zur Errichtung des GKDZ unterzeichnet. Thüringen hat eine Absichtserklärung abgegeben, die Unterzeichnung des Vertrages soll in Kürze erfolgen.

Wie in den Richtlinien der Regierungspolitik vereinbart, erfolgen gegenwärtig Abstimmungen zur Einrichtung eines gemeinsamen Einsatztrainingszentrums von Ber-

lin, Brandenburg und dem Bund mit Blick auf besondere Einsatzlagen und die Abwehr terroristischer Angriffe. Hierzu wurden bisher fünf mögliche Standorte in Brandenburg besichtigt. Die Abstimmungen sind hinsichtlich des Modus und der Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf Grund des frühen Stadiums noch ergebnisoffen.

4. Kooperation der IT-Dienstleister der Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

Die zwischen den IT-Dienstleistern der Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im Oktober 2013 vereinbarte Kooperation hat Berlin wichtige Erkenntnisse beim Aufbau- und der Nutzung von HD-Videokonferenzen sowie beim Aufbau eines CERT-Teams (Computer Emergency Response Team) für die Berliner Verwaltung geliefert. Im März 2017 wurden die in der Kooperationsvereinbarung getroffenen allgemeinen Regelungen für die weitere Zusammenarbeit konkretisiert, mit dem Ziel eine einheitliche Vorgehensweise bei zukünftigen gemeinsamen Projekten zu etablieren.

Die drei IT-Dienstleister prüfen derzeit, ob eine länderübergreifende Cloud-Lösung ein sinnvolles Kooperationsprojekt sein könnte.

XII. Justiz/ Verbraucherschutz/ Antidiskriminierung

1. Demokratieförderung

Der Berliner Senat und das Land Brandenburg fördern gemeinsam im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ das Projekt „Berufsschulen und Oberstufenzentren (OSZ) für Zusammenarbeit, Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung (DEVI) e.V.“. Das Projekt verfolgt das Ziel, Einrichtungen der beruflichen Bildung bei der Entwicklung einer demokratischen Kultur des Zusammenhalts und der Vielfalt zu unterstützen. Dazu werden in den drei Handlungsbereichen „Rechtsextremismusprävention in der beruflichen Bildung“, „Für Vielfalt in der beruflichen Bildung“ und „Demokratische Kultur in Schule und Ausbildung“ Maßnahmen entwickelt und durchgeführt.

2. Errichtung und Betrieb einer gemeinsamen Jugendarrestanstalt

Der zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg geschlossene Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb einer gemeinsamen Jugendarrestanstalt ist im Jahr 2016 in Kraft getreten. Mit der Präambel des Staatsvertrages wird deutlich, dass der Jugendarrest konsequent auf die Förderung der Arrestierten auszurichten und sozialpädagogisch auszugestalten ist. Es gelingt der Jugendarrestanstalt eine Vielzahl bedarfsgerechter Angebote an die Arrestierten zu richten. Nur beispielhaft seien Projekte zur Gewaltprävention, Berufsberatung, Theaterworkshops, Schuldenprävention und schulische Unterrichtseinheiten genannt. Diese Projekte in einem regelmäßigen engmaschigen Rhythmus angeboten, um so, trotz kurzer Verweildauer der Arrestierten, bedarfsgerechte Angebote machen zu können. Die Vielzahl dieser Angebote wird über die Zusammenarbeit mit externen Trägern gewährleistet.

Der zuständige Sozialdienst der Jugendarrestanstalt übernimmt neben der Einzelfallbetreuung auch Gruppenarbeiten (z.B. gemeinsames Kochen/ Backen/ Basteln zur Ausprägung sozialer Kompetenzen). Der Sozialdienst ist auch in regelmäßigen Abständen an den Wochenenden tätig, um so den unterschiedlichen Arrestformen gerecht werden zu können. Neben dem Sozialdienst werden durch den Allgemeinen Vollzugsdienst pädagogisch sinnvolle Angebote gemacht. Entsprechend der persönlichen Neigungen und Fähigkeiten der Bediensteten können somit in regelmäßigen Abständen Sport und weitere Freizeitangebote ausgestaltet werden.

Entsprechend dem Staatsvertrag sollen durch die gemeinsame Einrichtung Synergieeffekte erzielt werden. Durch das Betreiben einer gemeinsamen Einrichtung können dauerhaft mehr förderliche Projekte für die Arrestierten angeboten werden. Zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang die geringen Zahlen der Arrestierten aus beiden Bundesländern. Durch den Zusammenschluss zu einer Einrichtung kann eine Vielfalt von Behandlungsmöglichkeiten aufrechterhalten werden, welche sonst insbesondere unter haushalterischen Gesichtspunkten nicht möglich wären. Besonders hervorzuheben ist die anstaltseigene Bibliothek, welche sich aus dem Bücherbestand beider Länder zusammensetzt. Die literarische Vielfalt ist für eine vergleichsweise kleine Anstalt vorbildlich. In der Vergangenheit wurden für die Arrestierten Lesungen durch Autoren angeboten, welche sich großer Beliebtheit erfreuten. Die Bibliothek der Arrestanstalt erhielt im Jahr 2016 eine Auszeichnung durch den Förderverein Gefangenenbüchereien e.V.

Der Anstaltsleiter bietet den Arrestierten ein Richtergespräch an, in dem er adressatengerechte Erklärungen zum Verfahrensgang und zum Urteil vornimmt sowie deren diesbezügliche Fragen beantwortet. Dabei zeigt er insbesondere auf, wie sich eine unveränderte Lebensweise auf die juristische Perspektive des Betroffenen auswirken kann. Durch die Gespräche kann das Rechts- und Unrechtsbewusstsein der Arrestierten positiv beeinflusst werden. Im Jahr 2016 führte der Anstaltsleiter 211 dieser Gespräche.

Neben der Anstaltsleitung sieht der Staatsvertrag eine Arrestleitung vor. Seit dem 1. August 2017 ist diese Stelle im Einvernehmen beider Länder besetzt worden.

Zur Verbesserung und zur bedarfsgerechten Ausgestaltung befindet sich die Konzeption der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg derzeit in der Überarbeitung.

Unterschiede ergeben sich für den Bereich des Übergangsmanagements. Die derzeitige Anbindung der Berliner Arrestierten an externe Träger usw. ist komplikationsfrei. Für die Arrestierten aus Brandenburg ist die erste Anlaufstelle die jeweils zuständige Jugendgerichtshilfe sowie die durch das Projekt „Haftvermeidung durch soziale Integration“ vorgestellten Anlauf- und Beratungsstellen. Diesbezüglich ist eine verbesserte Kommunikation zur effektiveren Anbindung für die Zukunft erstrebenswert.

Hinsichtlich der tatsächlichen Belegung ist eine ständige Unterbelegung der Anstalt zu verzeichnen. Im Staatsvertrag wurde eine Belegung von 60 (50 Berliner Arrestier-

te und 10 Brandenburger Arrestierte) festgelegt, welche bei weitem nicht der tatsächlichen Belegung entspricht. Im Jahr 2016 wurden insgesamt 853 Arrestierte aufgenommen, davon kamen 27 Prozent der Arrestierten aus Brandenburg. Prognostisch wird für das Jahr 2017 eine Belegung mit insgesamt 800 Jugendlichen und Heranwachsenden erwartet.

3. Verbraucherschutz

Die Länder Brandenburg und Berlin bedienen sich bei den amtlichen Laboruntersuchungen auf den Gebieten des Verbraucherschutzes, Gesundheitsschutzes, Umweltschutzes, der Landwirtschaft und Geologie des gemeinsamen Landeslabors Berlin-Brandenburg (LLBB), einer mit Wirkung von 1. Januar 2009 gegründeten Anstalt des öffentlichen Rechts. Die fachliche Reputation dieser Untersuchungseinrichtung ist seit Jahren anerkannt und bewährt. Durch die Gründung der gemeinsamen Anstalt konnten und können im Alltagsprozess der Aufgabenwahrnehmung Synergieeffekte erzielt werden.

Zurzeit entsteht im Land Berlin ein neues Laborgebäude in Berlin Adlershof, der „Stadt der Wissenschaft“. Mit der Errichtung des Gebäudes wird den aktuellen Anforderungen an einen modernen leistungsfähigen akkreditieren Laborbetrieb entsprochen. Mit dem Laborneubau wird die Bedeutung und Qualität der Sicherung und Wahrung der Verbraucherinteressen- und Rechte für die Bundesländer Berlin und Brandenburg hervorgehoben. Die Fertigstellung des Laborgebäudes ist im Frühjahr 2019 vorgesehen.

Nach der Kündigung durch das Land Brandenburg sind die für Landwirtschaft zuständigen Ressorts beider Länder, das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft und die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, über die Anpassung des Landwirtschaftsstaatsvertrages vom 17. Dezember 2003 an inzwischen veränderte Rahmenbedingungen im Gespräch.

XIII. Finanzen

Gemeinsame Aus- und Fortbildung für den Steuerverwaltungsdienst

Im Rahmen der Kooperation bei der Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des Steuerverwaltungsdienstes an der Landesfinanzschule bzw. der Fachhochschule für Finanzen im Aus- und Fortbildungszentrum des Landes Brandenburg in Königs Wusterhausen haben im Einstellungsjahr 2016 für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer Dienst) 160 und für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) 161 Anwärterinnen und Anwärter ihre zwei- bzw. dreijährige Ausbildung aufgenommen. In der Laufbahngruppe 2 kamen noch 9 Regelaufsteigerinnen und -aufsteiger hinzu.

Im Einstellungsjahr 2017 werden jeweils 170 Einstellungen je Laufbahngruppe im Land Berlin vorgenommen. Die Ausbildungszahlen des Landes Berlin weisen seit Jahren eine steigende Tendenz auf.

XIV. Kultur

1. Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Neben dem Sonderfinanzierungsabkommen zum Abbau des Investitionsstaus bei den Stiftungliegenschaften (2008-2017) hat auch das Finanzierungsabkommen zum Stammhaushalt zwischen Berlin und Brandenburg sowie dem Bund bis 31. Dezember 2017 weiterhin Bestand. Die Anschlussabkommen ab 1. Januar 2018 wurden am 21. September 2017 unterzeichnet. Für den Stammhaushalt (2018-2022) sind erneut Aufwüchse für Tarifierpassungen und erhöhte Betriebskosten berücksichtigt. Das Sonderinvestitionsprogramm wird vom Bund und den Ländern Berlin und Brandenburg mit insgesamt 400 Mio. Euro finanziert. Es wird bis 2030 Gültigkeit haben. Berücksichtigt sind auch Liegenschaften in Berlin und Brandenburg, die zur Arrondierung der Stiftungliegenschaften vorgesehen sind. Die Zustimmung des Bundes für diesen Sonderweg konnte nur durch die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit der Brandenburger Seite erwirkt werden.

2. Kompetenzzentrum Bestandserhaltung (KBE)

Das „Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg“ (KBE) wurde durch eine Initiative der Senatskanzlei-Kulturelle Angelegenheiten und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg gegründet, um Einrichtungen in beiden Ländern bei der Bestandserhaltung qualifiziert und wirksam zu unterstützen. Es besteht seit dem Jahr 2006, ist bei der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin angesiedelt und ist eine der wenigen regionalen Initiativen, die eine strukturelle Verbesserung bei der Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken erreichen. Über das KBE stehen leistungsstarke, in der Bestandserhaltung sehr erfahrene Einrichtungen, wie die Staatsbibliothek zu Berlin und das Geheime Preußische Staatsarchiv zur Verfügung.

Zur dauerhaften Sicherung der Finanzierung (Berlin: 120.000 Euro/ Jahr, Brandenburg: 20.000 Euro/ Jahr) und der Wahrnehmung der Aufgaben des KBE wurde am 15. Oktober 2013 eine Vereinbarung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg geschlossen. Die Vereinbarung gilt unbefristet. Das KBE berichtet über seine Arbeit und Planungen des laufenden Haushaltsjahres in einem jährlich stattfindenden Jour Fixe. Der KBE-Fachbeirat für die Wahlperiode 2017-2021 wird aktuell neu berufen. Die zu entsendenden Mitglieder sind einvernehmlich zwischen Brandenburg und Berlin bestätigt. Die Berufung erfolgt gem. der Vereinbarung durch die ZLB.

3. Erfahrungsaustausch der Denkmalschutzbehörden der Länder Brandenburg und Berlin

Die Denkmalschutzbehörden der Länder Brandenburg und Berlin haben sich im November 2015 im Rahmen einer Tagung zu denkmalrechtlichen Ordnungs- und Vollstreckungsverfahren über ihre Erfahrungen ausgetauscht. Der äußerst interessante Erfahrungsaustausch soll fortgesetzt werden.

4. Europäisches Kulturerbejahr 2018 (European Cultural Heritage Year – ECHY 2018)

Es sind Fachgespräche im Gang zu gemeinsamen Initiativen bzw. Projekten zum kulturellen Erbe in Brandenburg und Berlin. So wird eine Projektidee unter dem Arbeitstitel „Nachbarschaften“ erörtert. Dieses Projekt könnte eine kommentierende Bestandsaufnahme des Agglomerationsraums Berlin und Umgebung leisten, in dem typische/ besondere Siedlungseinheiten hinsichtlich Entstehungsgeschichte, Leitbildern, aktuellem Bestand und Entwicklungstendenzen beschrieben werden. Dies könnte schrittweise und „bausteinhaft“ erfolgen und sich an Interesse und Mitwirkungsbereitschaft der örtlichen Entscheidungsträger orientieren. Ziel des Projekts könnte es sein, für die regionale Stadtlandschaft eine Umdeutung anzustoßen, das bunte Muster verschiedener Siedlungseinheiten zu erklären und auf die Qualitäten und das Unverwechselbare der Stadtregion bzw. ihrer Bestandteile hinzuweisen. Siedlungen sind Teil der regionalen Kulturlandschaft und das Aufdecken dieser Charakteristik könnte einen Beitrag zur Identitätsstärkung in der Gesamtregion Berlin/ Brandenburg leisten.

5. Archäologische Gesellschaft Berlin und Brandenburg e.V.

Die Archäologische Gesellschaft Berlin und Brandenburg e. V. vertieft die Zusammenarbeit beider Bundesländer auf dem Gebiet der Archäologie und Bodendenkmalpflege. Das Jahrbuch „Archäologie in Berlin und Brandenburg“, das seit 1992 jährlich von der Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum und dem Landesdenkmalamt Berlin herausgegeben wird, erschien zuletzt 2017 für das Jahr 2015. Weiterhin erscheinen in unregelmäßiger Folge – so auch im Berichtszeitraum – die gemeinsamen Arbeitshefte (weißer Titel mit rotem Rücken), zuletzt 2017 die Beiträge der Tagung 20 Jahre Archäologische Gesellschaft - Tagungen 2012 und 2013 in Prenzlau und Berlin – unter dem Bandtitel „Feuerstein, Fibel, Fluchttunnel“ im Michael Imhof Verlag.

6. Länderübergreifende Gespräche zum gemeinsamen Welterbe „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ (in Berlin: Landschaftspark Glienicke)

Seit 1990 sind die „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf der Welterbeliste verzeichnet. Das vom Potsdamer Oberbürgermeister initiierte gemeinsame Monitoring der gemeinsamen Welterbestätte hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

7. GartenForum Glienicke

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, das Landesdenkmalamt Berlin und das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum gründeten 2004 das GartenForum Glienicke, um fachliche Ressourcen zu bündeln und im Schloss Glienicke einen Ort des Erfahrungsaustauschs und der Fortbildung zu den Themen Gartenkunst, Gartengeschichte und Gartendenkmalpflege zu schaffen. Durch diese Bündelung entsteht jedes Jahr ein vielfältiges Programm mit Vorträgen, Führungen, Exkursionen und Fortbildungsangeboten.

8. Kooperation zur Industriekultur

Das Berliner Zentrum Industriekultur (bzi) und das im Juli 2017 neugegründete Touristische Netzwerk Industriekultur in Brandenburg haben auf der Gründungsveranstaltung eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Länderübergreifend soll dem Thema Industriekultur Aufmerksamkeit verschafft werden. Der Fokus liegt dabei auf einem Erfahrungsaustausch zu Umgang, Sanierung, Umnutzung sowie touristischer Entwicklung von Objekten der Industriekultur.

9. 100 Jahre Einheitsgemeinde (Groß-)Berlin

Zwischen den Ländern werden angemessene Beiträge zur Vorbereitung der stadthistorischen Bedeutung des Jubiläums 2020 erörtert, da der Großraum Berlin als grenzüberschreitender Agglomerationsraum zu betrachten ist.

10. Freiwilliges Soziales Jahr in der Kultur (FSJ)

Die Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Berlin e.V. (LKJ) koordiniert als amtlich anerkannte Trägerin des FSJ-Kultur seit 2003 die Bewerbungen für ein FSJ Kultur sowie relevante Einsatzstellen in Berlin und Brandenburg. Beide Länder bieten im FSJ Kultur insgesamt 140 geförderte Plätze bei attraktiven Einsatzstellen an. Das Interesse und der Bedarf von Jugendlichen, sich in diesem Bereich zu erproben, sind weiterhin hoch. Die Zusammenfassung der Länder Berlin und Brandenburg zu einer gemeinsamen, attraktiven Region zur Absolvierung des FSJ Kultur hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

XV. Ehrenamt

Seit Januar 2017 gibt es die gemeinsame Ehrenamtskarte beider Länder. Nachdem bis Ende 2016 in Berlin und Brandenburg jeweils eigene Ehrenamtskarten ausgegeben wurden, wurde die neue, gemeinsame Karte in ihrer weiter entwickelten Form am 11. Januar 2017 durch die beiden Regierungschefs vorgestellt. Zu den Neuerungen gehören z.B. die Harmonisierung der Zugangskriterien, die längere Gültigkeitsdauer und die gemeinschaftliche Anwerbung von weiteren Partnern. Die neue Karte kann nunmehr von den Inhaberinnen und Inhabern in beiden Ländern genutzt wer-

den. Der Erfolg der Karte schlägt sich unter anderem in den deutlich gestiegenen Antragszahlen sowohl in Brandenburg als auch in Berlin nieder.